



EUROPA NEU DENKEN!

Antragsbuch

zur Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg
29. – 30. Juli und 04. – 06. August 2023

Messe Magdeburg
Tessenowstraße 9a | 39114 Magdeburg
Bearbeitungsstand: 13. Juli 2023

Bereit für mehr.



Vorläufige Tagesordnung

- TOP 1 Eröffnung und Begrüßung durch einen Bundessprecher
- TOP 2 Wahl des Versammlungsleiters und zweier stellvertretender Versammlungsleiter
- TOP 3 Wahl eines Protokollführers und zweier stellvertretender Protokollführer
- TOP 4 Wahl der Zählkommission, der Mandatsprüfungskommission, der Antragskommission und Beschluss über die Verwendung elektronischer Stimmgeräte
- TOP 5 Beratung und Beschlussfassung der Tagesordnung
- TOP 6 Bericht der Mandatsprüfungskommission
- TOP 7 Beratung und Beschlussfassung zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ der Bundesprogrammkommission
- TOP 8 Wahl zweier Teilnehmer zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung gegenüber dem Bundeswahlleiter
- TOP 9 Wahl der Bewerber und Ersatzbewerber für die gemeinsame Liste für alle Länder (Bundesliste) zur Wahl des Europäischen Parlaments im Jahr 2024
- TOP 10 Wahl der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson
- TOP 11 Schlusswort und Nationalhymne

Anmerkung der Bundesgeschäftsstelle: Aus datenschutzrechtlichen Gründen darf die vorliegende Fassung des Antragsbuches mit den Namen aller Antragsteller nur parteiinternen Mitgliedern der Alternative für Deutschland zugänglich gemacht werden. Eine Veröffentlichung ohne diese Zugriffsbeschränkung ist weder in Gänze noch in Auszügen erlaubt.

Eine datenschutzrechtlich unbedenklich nutzbare Fassung ohne namentliche Erwähnungen finden Sie unter: <https://www.afd.de/magdeburg2023/>

Inhaltsverzeichnis

Anträge zu TOP Beratung und Beschlussfassung der Tagesordnung	6
TO-1 Antrag zur Tagesordnung <i>Kandidatenwahl vor Programmberatung</i>	6
Anträge zu TOP Beratung und Beschlussfassung zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ der Bundesprogrammkommission	7
Programm-1 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Redaktionelles Antragspaket der BPK zum Leitantrag</i>	7
Programm-2 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	22
Programm-3 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	25
Programm-4 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung und Streichung</i>	26
Programm-5 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung und Streichung</i>	27
Programm-6 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	28
Programm-7 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neufassung, Streichung und Ersetzung</i>	29
Programm-8 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	31
Programm-9 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Redaktionelle Korrektur</i>	32
Programm-10 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	33
Programm-11 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	35
Programm-12 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Streichung</i>	36
Programm-13 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Streichung</i>	37
Programm-14 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	38
Programm-15 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	39
Programm-16 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	40
Programm-17 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	42
Programm-18 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neufassung</i>	43
Programm-19 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Streichung</i>	44
Programm-20 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Streichung und Neufassung</i>	45
Programm-21 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	46
Programm-22 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	47
Programm-23 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neufassung</i>	48
Programm-24 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	49
Programm-25 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	50

Programm-26 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	51
Programm-27 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neufassung</i>	52
Programm-28 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Verschiebung</i>	53
Programm-29 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Redaktionelle Streichung</i>	54
Programm-30 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neufassung</i>	55
Programm-31 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	56
Programm-32 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neueinfügung</i>	57
Programm-33 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	58
Programm-34 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	59
Programm-35 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neueinfügung</i>	60
Programm-36 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neueinfügung</i>	61
Programm-37 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Streichung</i>	62
Programm-38 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neueinfügung</i>	63
Programm-39 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neueinfügung</i>	64
Programm-40 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neueinfügung und Streichung</i>	65
Programm-41 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	66
Programm-42 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ (<i>vermutlich</i>) <i>Ersetzung</i>	67
Programm-43 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neufassung</i>	68
Programm-44 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	69
Programm-45 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	70
Programm-46 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	71
Programm-47 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Streichung</i>	72
Programm-48 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	73
Programm-49 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neufassung</i>	74
Programm-50 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neufassung</i>	75
Programm-51 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	77
Programm-52 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neufassung</i>	79
Programm-53 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	80
Programm-54 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Streichung</i>	81
Programm-55 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	82
Programm-56 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	83
Programm-57 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	84
Programm-58 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neufassung</i>	85
Programm-59 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	86
Programm-60 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	87
Programm-61 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	88
Programm-62 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	89
Programm-63 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	90
Programm-64 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	91

Programm-65 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	92
Programm-66 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	93
Programm-67 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Streichung</i>	94
Programm-68 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	95
Programm-69 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Erweiterung und Korrektur</i>	96
Programm-70 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	97
Programm-71 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	101
Programm-72 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	102
Programm-73 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	103
Programm-74 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	104
Programm-75 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung</i>	105
Programm-76 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Ersetzung und Einfügung</i>	106
Programm-77 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Einfügung</i>	107
Programm-78 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ <i>Neufassung</i>	108
Sachanträge	109
SN-1 Sachantrag <i>Ehrerklärung gegen Doppelmandate</i>	109

Vorgelegt durch die Bundesgeschäftsstelle
Stand: 13. Juli 2023

Anträge zu TOP Beratung und Beschlussfassung der Tagesordnung

TO-1 Antrag zur Tagesordnung Kandidatenwahl vor Programmberatung

Antragsteller: *Bundesvorstand;*

Die besonderen Vertreter der Europawahlversammlung 2023 mögen auf Antrag des Bundesvorstandes beschließen, folgende Änderung zur vorläufigen Tagesordnung der Europawahlversammlung in Magdeburg anzunehmen:

- 1) Der bisherige TOP 7 Beratung und Beschlussfassung zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ der Bundesprogrammkommission wird zum neuen TOP 10.*
- 2) Die bisherigen TOP 8, 9 und 10 werden zu den neuen TOP 7, 8 und 9.*
- 3) Die neue Tagesordnung der Europawahlversammlung ist damit folgende:*
 - TOP 1 Eröffnung und Begrüßung durch einen Bundessprecher*
 - TOP 2 Wahl des Versammlungsleiters und zweier stellvertretende Versammlungsleiter*
 - TOP 3 Wahl eines Protokollführers und zweier stellvertretender Protokollführer*
 - TOP 4 Wahl der Zählkommission, der Mandatsprüfungskommission, der Antragskommission und Beschluss über die Verwendung elektronischer Stimmgeräte*
 - TOP 5 Beratung und Beschlussfassung der Tagesordnung*
 - TOP 6 Bericht der Mandatsprüfungskommission*
 - TOP 7 Wahl zweier Teilnehmer zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung gegenüber dem Bundeswahlleiter*
 - TOP 8 Wahl der Bewerber und Ersatzbewerber für die gemeinsame Liste für alle Länder (Bundesliste) zur Wahl des Europäischen Parlaments im Jahr 2024*
 - TOP 9 Wahl der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson*
 - TOP 10 Beratung und Beschlussfassung zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ der Bundesprogrammkommission*
 - TOP 11 Schlusswort und Nationalhymne.*

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Anträge zu TOP Beratung und Beschlussfassung zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ der Bundesprogrammkommission

Programm-1 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Redaktionelles Antragspaket der BPK zum Leitantrag*

Antragsteller: Bundesprogrammkommission

Die Europawahlversammlung möge untenstehende Änderungen am Leitantrag zum Europawahlprogramm für die Wahlen zum 10. Europäischen Parlament annehmen. Sie beinhalten redaktionelle Änderungen, die beim Erstellungsprozess übersehen wurden. Alle Änderungen sind klar nachverfolgbar und farblich markiert.

Z. 35 – Streichen des Kommas.

Alt: Ein solches Gebilde verfügt weder über ein Staatsvolk, noch über das erforderliche Mindestmaß an kultureller Identität, welche notwendige Voraussetzungen für gelingende Staaten sind.

Neu: Ein solches Gebilde verfügt weder über ein Staatsvolk noch über das erforderliche Mindestmaß an kultureller Identität, welche notwendige Voraussetzungen für gelingende Staaten sind.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur. Kein Komma nach Staatsvolk.

Z. 46ff. – Streichen des markierten Teils.

Alt: Wir *streben daher die geordnete Auflösung der EU an* und wollen *statt ihrer* eine neue europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft gründen, einen Bund europäischer Nationen.

Neu: Wir wollen eine neue europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft gründen, einen Bund europäischer Nationen.

Begründung:

Redaktionelles Versehen bei der Präambelerstellung ohne Beschlusslage der BPK.

Z. 99-105 – Änderungen der markierten Teile.

Alt: Alle Maßnahmen der sog. Euro-Rettung verstoßen gegen das vertragsrechtliche Verbot der Kreditfinanzierung von EU-Staaten nach Art. 123 AEUV und das vertragsrechtliche Hilfeverbot („no bail out“-Klausel) des Art. 125 AEUV. **So vollzogen** beim Schuldenerlass und den Finanzhilfen für Griechenland im Jahre 2012 und der unkonditionierten Geldverteilung an alle EU-Staaten **gemäß** dem “Wiederaufbauprogramm für Europa” (NextGenerationEU) im Jahr 2022 **aus dem EU-Haushalt**.

Neu: Alle Maßnahmen der sog. Euro-Rettung verstoßen gegen das vertragsrechtliche Verbot der Kreditfinanzierung von EU-Staaten nach Art. 123 AEUV und das vertragsrechtliche Hilfeverbot („no bail out“-Klausel) des Art. 125 AEUV – **so geschehen** beim Schuldenerlass und den Finanzhilfen für Griechenland im Jahre 2012 und der unkonditionierten Geldverteilung an alle EU-Staaten im “Wiederaufbauprogramm für Europa” (NextGenerationEU) im Jahr 2022.

Begründung:

Redaktionelle und sprachliche Korrektur zur Verbesserung der Lesbarkeit.

Z. 142-145 – Änderungen der markierten Teile.

Alt: Dazu gehören auch die Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt sowie die freie Entwicklung von Wissenschaft und Kunst, **die** die Grundlagen für die Führungsrolle Europas in der Welt seit dem Beginn der Neuzeit.

Neu: Dazu gehören auch die Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt sowie die freie Entwicklung von Wissenschaft und Kunst, **welche** die Grundlagen für die Führungsrolle Europas in der Welt seit dem Beginn der Neuzeit **bildeten**.

Begründung:

Redaktionelle und sprachliche Korrektur zur Verbesserung der Lesbarkeit.

Z. 209ff – Änderungen der markierten Teile.

Alt: In der EU verdienen, beispielhaft erwähnt, etwa 4.000 EU-Beamte mehr als der deutsche Bundeskanzler (290.000 € brutto/Jahr), **der** Regierungschef des größten EU-Mitgliedstaates **ist**.

Neu: In der EU verdienen, beispielhaft erwähnt, etwa 4.000 EU-Beamte mehr als der deutsche Bundeskanzler (290.000 € brutto/Jahr), **dem** Regierungschef des größten EU-Mitgliedstaates.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 214 – Streichen des Kommas.

Alt: Bis zur Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft, werden wir jede Verkleinerung des administrativen Apparats unterstützen.

Neu: Bis zur Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft werden wir jede Verkleinerung des administrativen Apparats unterstützen.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur. Kein Komma nach Interessengemeinschaft.

Z. 256-260 – Änderungen der markierten Teile.

Alt: Wir verteidigen Europa gegen einen gesellschaftlichen Rückschritt durch den fundamentalistischen Islam, dessen **Basis** von Koran und Sunna mit den europäischen Grundprinzipien von Recht, Freiheit und Demokratie nicht in Einklang zu bringen **ist**.

Neu: Wir verteidigen Europa gegen einen gesellschaftlichen Rückschritt durch den fundamentalistischen Islam, dessen **Lebensregeln** von Koran und Sunna mit den europäischen Grundprinzipien von Recht, Freiheit und Demokratie nicht in Einklang zu bringen **sind**.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 269f. – Änderungen der markierten Teile.

Alt: Der Islam, **zu dem alle Menschen bekehrt werden müssen**, gilt als einzige Religion.

Neu: Der Islam **versteht sich** als einzig gültige Religion auf Erden, **zu der alle Menschen bekehrt werden müssen**.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 277ff. – Änderungen der markierten Teile.

Alt: Dies hat in vielen Ländern der Europäischen Union, wie z.B. Schweden (Malmö) mit seiner äußerst liberalen Einwanderungspolitik, Frankreich (Pariser Banlieue, Marseille) mit seinen ehemaligen Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent oder auch Brüssel (Molenbeek) zu unlösbaren Integrationsproblemen in Form von Ghettobildung und überbordender Kriminalität geführt.

Neu: Dies hat in vielen Ländern der Europäischen Union, wie z.B. **in** Schweden (Malmö) mit seiner äußerst liberalen Einwanderungspolitik, **in** Frankreich (Pariser Banlieue, Marseille) mit seinen ehemaligen Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent oder auch **in** Brüssel (Molenbeek) zu unlösbaren Integrationsproblemen in Form von Ghettobildung und überbordender Kriminalität geführt.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 317-321 – Streichen der folgenden Sätze.

Alt: Allein von 2015 bis 2022 sind fast 14 Millionen ausländische Staatsangehörige nach Deutschland gekommen und nur rund 4 Millionen haben unser Land wieder verlassen. Die Nettozuwanderung in diesem Zeitraum betrug daher rund 10 Millionen Menschen, die in großer Mehrzahl untergebracht, ernährt und medizinisch betreut werden mussten

Neu: Streichen.

Begründung:

Redaktionelle Änderung, da redundant und nicht zu diesem Textteil passend.

Z. 340 – Änderungen der markierten Teile.

Alt: **Das europäische gemeinschaftliche Asylsystem (GASP)** muss aus dem Europäischen Vertrag (AEUV) herausgenommen und die Zuständigkeit für die Asyl- und Zuwanderungspolitik an die Nationalstaaten zurückgegeben werden. Dies wäre eine Situation, wie sie schon heute in Dänemark besteht.

Neu: **Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS)** muss aus dem Europäischen Vertrag (AEUV) herausgenommen und die Zuständigkeit für die Asyl- und Zuwanderungspolitik an die Nationalstaaten zurückgegeben werden. Dies wäre eine Situation, wie sie schon heute in Dänemark besteht.

Begründung:

Redaktionelles Versehen - GASP ist die gemeinsame europäische Außenpolitik.

Z. 345-347 – Änderungen der markierten Teile.

Alt: *Der Fokus der Migrationsvermeidung muss auf der Hilfe vor Ort in der jeweiligen Krisenregion liegen, um möglichst vielen Menschen eine heimatnahe Zuflucht zu ermöglichen.*

Neu: *Migrationsvermeidung aus Krisenregionen muss sich auf der die Hilfe vor Ort konzentrieren, um möglichst vielen Menschen eine heimatnahe Zuflucht zu ermöglichen und den Anreiz für gefährliche Reisen zu nehmen.*

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 347 (Achtung, eventuelle Änderung des Vorsatzes beachten) – Einfügung des markierten Teils.

Alt: *Der Fokus der Migrationsvermeidung muss auf der Hilfe vor Ort in der jeweiligen Krisenregion liegen, um möglichst vielen Menschen eine heimatnahe Zuflucht zu ermöglichen. Soweit Asylbewerber trotz des Grenzschutzes nach Deutschland gelangen, müssen ihre Asylverfahren in einem dazu bereiten Drittstaat durchgeführt werden, wo sie im Falle der tatsächlichen Schutzbedürftigkeit auch Aufnahme finden („Ruanda-Modell“).*

Neu: *Der Fokus der Migrationsvermeidung muss auf der Hilfe vor Ort in der jeweiligen Krisenregion liegen, um möglichst vielen Menschen eine heimatnahe Zuflucht zu ermöglichen. Erforderlich ist ein strikter Grenzschutz, verbunden mit der Abweisung illegaler Migranten – soweit möglich an den Außengrenzen der EU, soweit nötig an der deutschen Grenze. Soweit Asylbewerber trotz des Grenzschutzes nach Deutschland gelangen, müssen ihre Asylverfahren in einem dazu bereiten Drittstaat durchgeführt werden, wo sie im Falle der tatsächlichen Schutzbedürftigkeit auch Aufnahme finden („Ruanda-Modell“).*

Begründung:

Rückgängigmachung redaktioneller Streichung, da Satz für Sinnzusammenhang notwendig ist.

Z.532-543 – Streichen des Satzes.

Alt: *Die ungeordnete Migration muss ersetzt werden durch das Prinzip der Selbstverantwortung souveräner Staaten, die für ihre Bevölkerungspolitik selbst verantwortlich sind.*

Neu: *Streichen.*

Begründung:

Redaktionelle Änderung, da redundant in diesem Kapitel.

Z.540 - Streichen des Kommas.

Alt: Bis zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität über unsere Grenzen, ist daher eine Notifizierung der deutschen Binnengrenze bei der EU-Kommission erforderlich.

Neu: Bis zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität über unsere Grenzen ist daher eine Notifizierung der deutschen Binnengrenze bei der EU-Kommission erforderlich.

Begründung:

Redaktionelle Änderung. Kein Komma nach Grenzen.

Z. 589 – Änderungen der markierten Teile.

Alt: In Seenot gerettete Menschen sind in den nächstgelegenen Hafen zu bringen, **auch wenn dieser in Europa liegt.**

Neu: In Seenot gerettete Menschen sind in den nächstgelegenen Hafen zu bringen, **der nicht automatisch Europa heißen kann.**

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 696ff. – Änderungen der markierten Teile.

Alt: Nationale und regionale Qualitätsstandards und Herkunftsangaben sind zu schützen. **Dazu zählen Gütesiegel wie „Made in Germany“, aber auch Ausbildungsstandards, die nicht verwässert werden dürfen.**

Neu: Nationale und regionale Qualitätsstandards und Herkunftsangaben sind zu schützen, **dazu zählen Gütesiegel wie „Made in Germany“, Deutsche Ausbildungsstandards dürfen nicht abgesenkt werden.**

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 731ff. – Änderungen der markierten Teile.

Alt: Allerdings verlangt die AfD wirkungsvollen Kontrollen zu ihrer Einhaltung, damit der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen auch tatsächlich unterbleibt.

Neu: Allerdings verlangt die AfD wirkungsvolle Kontrollen zu ihrer Einhaltung, damit der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen auch tatsächlich unterbleibt.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 860 – Einfügung eines Kommas.

Alt: Die AfD lehnt jede Form der CO₂-Bepreisung, sei es über den CO₂-Zertifikathandel oder über eine direkte CO₂-Steuer sowie den geplanten Grenzausgleichsmechanismus strikt ab.

Neu: Die AfD lehnt jede Form der CO₂-Bepreisung sei es über den CO₂-Zertifikathandel oder über eine direkte CO₂-Steuer, sowie den geplanten Grenzausgleichsmechanismus strikt ab.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur. Komma nach Steuer.

Z. 885 – Änderungen des markierten Teils.

Alt: Dieses Geld ist bei den EU-Mitgliedsstaaten, die primär selbst für ihre Infrastruktur verantwortlich sind, besser aufgehoben **und** die "Kohäsion" der Volkswirtschaften aller Mitgliedstaaten war immer und wird auch für die Zukunft eine Fiktion sein.

Neu: Dieses Geld ist bei den EU-Mitgliedsstaaten, die primär selbst für ihre Infrastruktur verantwortlich sind, besser aufgehoben. **Denn** die "Kohäsion" der Volkswirtschaften aller Mitgliedstaaten war immer und wird auch für die Zukunft eine Fiktion sein.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 933 – Änderungen des markierten Teils.

Alt: Der Euro ist für ein **Gebiet** mit 20 sehr unterschiedlichen Volkswirtschaften eine Fehlkonstruktion und kann in dieser Form weder ökonomisch noch sozial funktionieren.

Neu: Der Euro ist für ein **Wirtschaftsgebiet** mit 20 sehr unterschiedlichen Volkswirtschaften eine Fehlkonstruktion und kann in dieser Form weder ökonomisch noch sozial funktionieren.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 971 – Streichen des Semikolons.

Alt: Dies sind faktisch direkte Geldgeschenke an „notleidende“ Staaten; über eine gemeinschaftliche EU-Schuldenaufnahme („Next-Generation-EU“-Fonds, „Ukraine“-Bonds, etc. oder Target-2).

Neu: Dies sind faktisch direkte Geldgeschenke an „notleidende“ Staaten über eine gemeinschaftliche EU-Schuldenaufnahme („Next-Generation-EU“-Fonds, „Ukraine“-Bonds, etc. oder Target-2).

Begründung:

Redaktionelle Korrektur. Tilgen des Semikolons nach Staaten.

Z. 975 – Streichung eines Wortes.

Alt: Die EZB-Politik des Niedrigzinses und der Staatsanleihenkäufe **ist** muss zu Inflation führen.

Neu: Die EZB-Politik des Niedrigzinses und der Staatsanleihenkäufe muss zu Inflation führen.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 986 – Änderungen der markierten Teile.

Alt: Die EZB hat ein Mandat nur für Geldpolitik – **und keine Befugnisse** für wirtschaftspolitische Programme zur Unterstützung einzelner Staaten und ideologischer Politikziele.

Neu: Die EZB hat ein Mandat nur für Geldpolitik, **nicht aber** für wirtschaftspolitische Programme zur Unterstützung einzelner Staaten und ideologischer Politikziele.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 1043f – Einfügung eines Wortes.

Alt: Mit Europäischen Bankenunion würden auch die bisher kommunal verankerten deutschen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und die deutsche private Bankenwirtschaft der EU-Umverteilung unterworfen.

Neu: Mit **der** Europäischen Bankenunion würden auch die bisher kommunal verankerten deutschen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und die deutsche private Bankenwirtschaft der EU-Umverteilung unterworfen.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 1053f – Änderung des markierten Teils.

Alt: Riesige Ausfälle wären nur eine Frage der Zeit und würden direkt eine deutsche **Haftung** auslösen!

Neu: Riesige Ausfälle wären nur eine Frage der Zeit und würden direkt eine deutsche **Zahlungsverpflichtung** auslösen!

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 1074f. – Änderung des markierten Teils.

Alt: Sicher ist, dass die EZB als Anspruchsgegner der Bundesbank im Falle einer (Teil-)Auflösung der Eurozone die deutschen Target-Forderungen nur noch in abgewerteten Euros oder gar nicht mehr **einlösen** wird.

Neu: Sicher ist, dass die EZB als Anspruchsgegner der Bundesbank im Falle einer (Teil-)Auflösung der Eurozone die deutschen Target-Forderungen nur noch in abgewerteten Euros oder gar nicht mehr **begleichen** wird.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 1108 – Änderung des markierten Teils.

Alt: **Ziel** deutscher Außenpolitik nach unseren Vorstellungen ist ein souveränes Deutschland, das Freiheit, Recht und Wohlstand sowie Sicherheit seiner Bürger garantiert.

Neu: **Voraussetzung** deutscher Außenpolitik nach unseren Vorstellungen ist ein souveränes Deutschland, das Freiheit, Recht und Wohlstand sowie Sicherheit seiner Bürger garantiert.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur. Beschlossene Wortänderung wurde durch einen Übertragungsfehler bei der Formatierung im Redaktionsprozess nicht übernommen.

Z. 1116 – Streichung eines Buchstabens.

Alt: Richtschnur deutscher Außenpolitik müssen wieder realpolitische Erfordernisse statt wirklichkeitsfremder **Ideologien** sein.

Neu: Richtschnur deutscher Außenpolitik müssen wieder realpolitische Erfordernisse statt wirklichkeitsfremde **Ideologien** sein.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 1145ff. – Verschiebung des markierten Teils nach Z. 495

Wir befürworten ein flexibles Netzwerk, an dem jeder europäische Staat nach seiner jeweiligen Interessenlage und nach seinen Möglichkeiten teilnehmen kann. **Mit dem wirksamen Schutz seiner Außengrenzen findet die Konstituierung und Abgrenzung des europäischen Pols in der multipolaren Weltordnung einen sichtbaren und spürbaren Ausdruck. Er macht unmissverständlich klar: Hier beginnt Europa und hier entscheidet Europa, wer Zugang erhält.**

Begründung:

Redaktionelles Versehen bei der Textvereinigung.

Z. 1173f. – Streichen eines Satzes.

Alt: Wir als Deutsche sehen bereits seit mehreren Jahrhunderten, dass es ohne Russland keinen dauerhaften Frieden in Europa geben kann.

Neu: Streichen.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur. Beschlossene Streichung wurde durch einen Übertragungsfehler bei der Formatierung im Redaktionsprozess nicht übernommen.

Z. 1213 – Korrektur eines Wortes.

Alt: Strategische Autonomie: Die sicherheitspolitische **Selbstständigkeit** Europas im neuen Zeitalter

Neu: Strategische Autonomie: Die sicherheitspolitische **Selbstständigkeit** Europas im neuen Zeitalter

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 1318ff. – Wiederaufnahme einer Kürzung im Redaktionsprozesses.

Neu und Wiederaufnahme: Die AfD bekennt sich ausdrücklich zur Fürsorgepflicht Deutschlands gegenüber deutschen Minderheiten im Ausland und wird deren Interessen nachdrücklich unterstützen. Dazu gehört insbesondere die Förderung des Sprachunterrichtes in deutschen Minderheitengebieten, die Förderung deutscher Schulen, Kindergärten, Zeitungen und Bibliotheken sowie der Austausch von Kulturschaffenden über die Grenzen hinweg. Kritisch sehen wir die am 01.09.2022 in Kraft getretene Verordnung des polnischen Bildungsministeriums, den Deutschunterricht für die deutsche Minderheit von drei auf eine Wochenstunde zu kürzen.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass die europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen eingehalten wird.

Begründung:

Wiederaufnahme nach Kürzung im Redaktionsprozess.

Z. 1424 – Einfügung eines Wortes.

Alt: Es kann aber keine EU-Vorschrift geben, die passend für alle Gebäude von Finnland bis Portugal ist!

Neu: Es kann aber keine EU-Vorschrift geben, die passend für alle Gebäude von Finnland bis Portugal **geeignet** ist!

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 1505 – Streichen eines Bindestriches.

Alt: Die verschiedenen Sparten der Landwirtschaft – Ackerbau, Viehzucht, Weinbau, Forstwirtschaft und Gartenbau – schaffen Arbeitsplätze – und sind als regional angebundene Primärversorger unserer Bevölkerung wichtige Leistungsträger.

Neu: Die verschiedenen Sparten der Landwirtschaft – Ackerbau, Viehzucht, Weinbau, Forstwirtschaft und Gartenbau – schaffen Arbeitsplätze und sind als regional angebundene Primärversorger unserer Bevölkerung wichtige Leistungsträger.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 1507 – Änderungen der markierten Teile.

Alt: Wir müssen diesem elementaren Wirtschaftszweig wieder **in den Fokus rücken!**

Neu: Wir müssen diesem elementaren Wirtschaftszweig wieder **mehr Beachtung schenken.**

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 1512 – Änderungen der markierten Teile.

Alt: Die strukturellen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft sind so zu gestalten, dass auch kleine und mittelgroße Betriebe langfristig **wirtschaftlich tragfähig bleiben.**

Neu: Die strukturellen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft sind so zu gestalten, dass auch kleine und mittelgroße Betriebe langfristig **erfolgreich wirtschaften können**

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 1556 – Streichen eines Kommas.

Alt: Denn die unterschiedlichen klimatischen und geographischen Gegebenheiten erfordern eine angepasste regionale Waldbewirtschaftung, ohne eine übergriffige Steuerung durch Brüssel.

Neu: Denn die unterschiedlichen klimatischen und geographischen Gegebenheiten erfordern eine angepasste regionale Waldbewirtschaftung ohne eine übergriffige Steuerung durch Brüssel.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur. Kein Komma nach Waldbewirtschaftung.

Z. 1620 – Streichen von Kommata.

Alt: Sie sollte räumlich und zahlenmäßig, nach schwedischem und norwegischem Vorbild, reglementiert werden.

Neu: Sie sollte räumlich und zahlenmäßig nach schwedischem und norwegischem Vorbild reglementiert werden.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur. Keine Kommata.

Z. 1666 – Änderung eines Wortes.

Alt: Deutschland verfügt über eine gut **strukturierte** Lebensmittelkontrolle.

Neu: Deutschland verfügt über eine gut **funktionierende** Lebensmittelkontrolle.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 1799 – Streichung eines Kommas.

Alt: Dabei sind weder unkonventionelle Schiefergasgewinnung, noch Kernenergie oder Braunkohle auszuschließen.

Neu: Dabei sind weder unkonventionelle Schiefergasgewinnung noch Kernenergie oder Braunkohle auszuschließen.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur. Kein Komma.

Z. 1930 – Streichen eines Kommas.

Alt: Nach den Gesetzesänderungen vom Mai 2021 („Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung“) wird in Deutschland eine Geschlechtsumwandlung, auch von Minderjährigen ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten wesentlich erleichtert.

Neu: Nach den Gesetzesänderungen vom Mai 2021 („Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung“) wird in Deutschland eine Geschlechtsumwandlung auch von Minderjährigen ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten wesentlich erleichtert.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur. Kein Komma nach Geschlechtsumwandlung.

Z. 1935f – Änderungen der markierten Teile.

Alt: Die Folgen für die Heranwachsenden sind unumkehrbar **und der lebenslange Schaden, psychisch wie physisch, ist immens.**

Neu: Die Folgen für die Heranwachsenden sind unumkehrbar, **die lebenslangen physischen wie psychischen Schäden sind immens.**

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 1978-89 – Änderungen der markierten Teile.

Alt: Der EuGH hat das Verbot der Berufsausübung von Heilpraktikern in Österreich bestätigt und damit klargestellt, dass die Heilpraktikertätigkeit für ihn nicht schützenswert ist. Auch in Deutschland gibt es Bestrebungen, **dieses Berufsbild stark einzuschränken oder gar abzuschaffen**.

Für die AfD gehört die Möglichkeit, Leistungen von Heilpraktikern in Anspruch zu nehmen, zur Selbstbestimmung des Patienten über seinen Körper und über seine persönliche Gesundheitsvorsorge. Jeder Patient soll eigenverantwortlich über die ihn jeweils betreffenden medizinischen Maßnahmen entscheiden. Eine staatliche Bevormundung in diesem höchstpersönlichen Bereich ist entschieden abzulehnen. Eine Pflicht zur Kostenerstattung durch die Träger der Gesetzlichen Krankenversicherung **ist hiermit jedoch nicht verbunden**.

Neu: Der EuGH hat das Verbot der Berufsausübung von Heilpraktikern in Österreich bestätigt und damit klargestellt, dass die Heilpraktikertätigkeit für ihn nicht schützenswert ist. Auch in Deutschland gibt es Bestrebungen, **die Ausübung dieses Berufes stark einzuschränken oder ganz zu verbieten**. Für die AfD gehört die Möglichkeit, Leistungen von Heilpraktikern in Anspruch zu nehmen, zur Selbstbestimmung des Patienten über seinen Körper und über seine persönliche Gesundheitsvorsorge. Jeder Patient soll eigenverantwortlich über die ihn jeweils betreffenden medizinischen Maßnahmen entscheiden. Eine staatliche Bevormundung in diesem höchstpersönlichen Bereich ist entschieden abzulehnen. Eine Pflicht zur Kostenerstattung durch die Träger der Gesetzlichen Krankenversicherung **sollte damit nicht verbunden sein**.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur und Zusammenfügung auf einen Absatz.

Z. 1991f. – Änderungen der markierten Teile.

Alt: **Bei** Ärzten, Therapeuten, Apothekern oder Pflegekräften, die sprachliche Defizite aufweisen, **kann weder eine Vertrauensbasis entstehen**, noch können Missverständnisse im Behandlungsablauf ausgeschlossen werden.

Neu: Zu Ärzten, Therapeuten, Apothekern oder Pflegekräften, die sprachliche Defizite aufweisen, **kann weder Vertrauen aufgebaut werden**, noch können Missverständnisse im Behandlungsablauf ausgeschlossen werden.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Z. 2024-2027 – Änderungen der markierten Teile.

Alt: Er wäre ein weiteres bürokratisches Monstrum, birgt ein erhebliches Missbrauchspotential und eine Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte. Gesundheitsdaten als auch die Gesundheit des einzelnen Menschen an sich sind kein öffentliches Gut.

Neu: Er wäre ein weiteres bürokratisches Monstrum, birgt ein erhebliches Missbrauchspotential und **führt zur** Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte. **Persönliche Gesundheitsdaten sind kein öffentliches Gut.**

Begründung:

Redaktionelle Korrektur und Verbesserung der Lesbarkeit.

Z. 2276 – Änderung eines Wortes.

Alt: Auch der Kampf gegen „Rassismus“ und „Diskriminierung“, von denen die europäischen Gesellschaften angeblich strukturell durchsetzt **sind**, wird von der EU vorangetrieben.

Neu: Auch der Kampf gegen „Rassismus“ und „Diskriminierung“, von denen die europäischen Gesellschaften angeblich strukturell durchsetzt **seien**, wird von der EU vorangetrieben.

Begründung:

Redaktionelle Korrektur.

Begründung:

Die Begründungen sind jeweils am Ende der Änderungen angegeben.

Programm-2 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Hans Neuhoff, Matthias Moosdorf, Hans-Christoph Berndt, Björn Höcke, Andreas Lichert, Stephan Protschka, Frank Rinck, Rainer Rothfuß, Emil Sänze, Volker Schnurrbusch, Martin Vincentz, Jörg Urban

Änderungsantrag zum Leitantrag: Die Zeilen 1 - 75 des Leitantrags (Präambel) sollen durch den folgenden Text ersetzt werden:

Präambel

Europa neu denken

Die AfD steht zu der Idee eines Europas der Vaterländer, einer europäischen Gemeinschaft souveräner, demokratischer Staaten, die zum Wohle ihrer Bürger bei all jenen Aufgaben zu-sammenwirken, die gemeinsam besser bewältigt werden können.

Doch die EU-Institutionen und die sie tragenden, globalistisch eingestellten Eliten haben sich von dieser Ursprungsidee längst verabschiedet. Sie lehnen den Nationalstaat als ein angeblich überholtes Modell großer Gemeinwesen ab. Zugleich werden die Bevölkerungen dem Erziehungsprogramm der politischen Korrektheit unterzogen. Die Folgen sind die Preisgabe menschlich-sozialer Gewissheiten, ein fehlender Wille zur Selbstbehauptung und der Verlust der Wehrhaftigkeit.

Die AfD ist nicht bereit, diese Entwicklungen hinzunehmen. Denn als patriotische Deutsche sind wir auch überzeugte Europäer. Wir treten ein für einen starken europäischen Pol in der neuen multipolaren Welt-ordnung, für ein Europa, das uns schützt.

Dafür bedarf es nicht der plötzlichen Verkündung einer „Zeitenwende“, ausgerechnet von denen, die für die Fehlentwicklungen verantwortlich zeichnen. Was not tut, ist eine grundlegende Erneuerung des europäischen Selbstverständnisses und der europäischen Zusammenarbeit. Europa muss erwachsen werden – mit einem starken und zuverlässigen Deutschland als Partner auf diesem Weg.

„Zeitenwende“ muss bedeuten, dass die Staaten Europas die Verantwortung für ihre Sicherheit endlich selbst in die Hand nehmen – statt unter den vermeintlichen Schutzschirm eines fernen und eigennützigen Hegemons zu flüchten. Nichts veranschaulicht die Selbstaufgabe eines großen europäischen Staates mehr, als die Passivität der deutschen Bundesregierung nach der Sprengung der Nord Stream-Pipelines.

Zeitenwende muss bedeuten, dass Grenzen wieder als das verstanden werden, was sie sind: als Schutz vor Angriff und Vereinnahmung, als Bestimmung von Eigenem und Anderem, als Absage an Beliebigkeit und Indifferenz, als Voraussetzung für souveräne Staatlichkeit. Das „offene Europa“ ist an der Unfähigkeit gescheitert, seine Grenzen zu sichern - und schafft sich damit ab!

Zeitenwende muss bedeuten, dass Werte wie Familie, Heimat und Treue, aber auch Disziplin, Leistung und Bildung, wieder als zeitlos erkannt, geschätzt und geschützt werden – auch und besonders im Zeitalter von Internet und weltweiten Lieferketten.

Und Zeitenwende muss bedeuten, dass natürliche Gegebenheiten des Lebens, wie die biologische Zweiheit von Mann und Frau, wieder als Ergebnis der menschlichen Entwicklung begriffen werden. Wir werden nicht hinnehmen, dass die Regenbogen-Agenda schon unseren Grundschulern als gültiger Maßstab für ihre soziale Orientierung beigebracht wird!

All dem steht die EU, wie sie sich heute darstellt, entgegen. Alle Krisen seit 2008 – Weltfinanzkrise, Eurokrise, Migrationskrise, Coronakrise, Energiekrise, Inflationskrise und der Dauerbrenner „Klimanotstand“ – wurden vielmehr genutzt, um die Staatswerdung der EU voranzutreiben, unterstützt vom Europäischen Gerichtshof und von Kadern hochbezahlter Bürokraten. Ihre Entschlossenheit zeigte sich nicht zuletzt darin, „bei Bedarf“ sogar gegen vertraglich festgelegte Grundsätze der EU zu verstoßen (z. B. Verbot der Haftung für fremde Schulden, No-Bailout-Klausel, des Art. 125 AEUV und das Verbot der Schuldenaufnahme zur Finanzierung des EU-Haushalts in Art. 311 AEUV).

Zugleich wurde der Nationalstaat, vor allem in Deutschland, zu einer steten Quelle von Rassismus und Krieg erklärt. Das Vernunftprinzip der Aufklärung wurde durch politischen Moralismus, Verantwortungs- durch Gesinnungsethik, Realpolitik durch Ideologie ersetzt – alles, um eine angeblich gefährdete Welt zu retten, tatsächlich aber mit dem Ziel, die abendländische Identität dem Zeitgeist zu opfern, und mit dem Ergebnis, die Länder Europas in den Niedergang zu führen.

Die militärische Bündnispolitik verschärfte diese Entwicklungen noch. Denn die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU hat sich als unfähig erwiesen, gegenüber der US-geführten NATO ein unabhängiges europäisches System kollektiver Sicherheit zu etablieren. Mit der Osterweiterung der EU im Nachgang zur NATO erlangten die USA vielmehr einen noch tiefgreifenderen Einfluss auf die europäische Ordnung. Die Länder Europas werden so in Konflikte hineingezogen, die nicht die ihren sind und ihren natürlichen Interessen – fruchtbaren Handelsbeziehungen im eurasischen Raum – diametral entgegenstehen. Die selbsttrüben Sanktionspolitik der EU gegen Russland, die vor allem Deutschland schwer trifft, ist nichts anderes als eine Folge dieser Abhängigkeit. Und die endlose Spirale von Waffenlieferungen gefährdet zum ersten Mal seit Jahrzehnten den Frieden auf unserem von der Geschichte so leidgeprüften Kontinent. Europa, nicht Amerika, wäre der Schauplatz einer nuklearen Eskalation!

Die AfD erkennt die EU als gescheitert und als nicht reformierbar. Wir streben daher eine neue europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft statt der EU an, einen „Bund europäischer Nationen“. Wir halten das für geboten, weil wir das wahre Europa wertschätzen und erhalten wollen. Der neue Bund ist dadurch gekennzeichnet, dass nur in denjenigen Bereichen zusammengearbeitet wird, in denen echte gemeinsame Interessen bestehen. Alle übrigen Aufgaben gehen zurück in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

Als zentrale gemeinsame Interessen dieses Bundes betrachten wir (1) einen gemeinsamen Markt, (2) den wirksamen Schutz der Außengrenzen gegen irreguläre Massenzuwanderung aus kulturfremden Regionen, (3) die Erlangung strategischer Autonomie im sicherheitspolitischen Handeln und (4) die Bewahrung der europäischen Kultur und Identitäten. Zwischen diesen Grundpfeilern kann es ein flexibles Europa funktionaler Verträge geben, die unabhängig voneinander, bi- oder multilateral, zwischen den Mitgliedsstaaten abgeschlossen werden. Frieden und Ausgleich müssen dabei im Mittelpunkt stehen.

„Einheit und Stärke nach außen - nationale Vielfalt nach innen“ lautet daher die Formel, mit der die AfD den europäischen Pol in der multipolaren Weltordnung aufstellen will.

Wie wir das erreichen wollen, legen wir in dem folgenden Programm dar, das die Europawahlversammlung der AfD am XX.XX.2023 beschlossen hat.

Begründung:

Die im Leitantrag vorgelegte Präambel zum Europawahlprogramm lässt die Chancen, welche ein solcher Einleitungstext bietet, weitgehend ungenutzt. Die Tatsache, dass in ihr noch von „derzeit 28“ Mitgliedsstaaten der EU die Rede ist, verweist auf einen unter starkem Zeitdruck leidenden Arbeitsprozess: Sie wurde aus Textstücken früherer Programme zusammengesetzt, ohne diese zu aktualisieren und auf unsere neue europapolitische Aufstellung zuzuschneiden.

Die Antragsteller legen eine neue Präambel vor, die dem Abhilfe schafft. Sie fasst die Kernstücke unserer neuen programmatischen Aufstellung in klarer Sprache zusammen, bringt unseren Willen und unsere Entschlossenheit zum Ausdruck, und berührt auch emotional. Die Antragsteller repräsentieren in großer Breite die Landesverbände unserer Partei und teilen die Hoffnung, eine ebensolche Mehrheit der Delegierten hinter dem neuen Text versammeln zu können. Die konzise sicherheitspolitische Positionierung verweist dabei auf unsere wachsende Verantwortung für die Wahrung deutscher Interessen in einer Welt im Wandel. Weitere Ausführungen erfolgen mündlich.

Programm-3 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Sprache in der Präambel klarer fassen

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

1. In Zeile 9 f. wird der Text

„und die sie tragenden globalistisch eingestellten Eliten haben sich“

ersetzt durch

„und die sie tragenden Eliten, die den demokratischen Nationalstaat abschaffen wollen, haben sich“

2. In Zeile 12 f. wird der Text „sich selbst formierenden“ gestrichen.

Begründung:

Das Wahlprogramm richtet sich vor allem an potenzielle Wähler. Der Begriff „globalistisch“ ist zwar inhaltlich richtig, aber außerhalb des AfD-affinen Milieus und damit potenziellen Neuwählern eher unbekannt. Daher sollte er durch eine klare und eindeutige Beschreibung dessen, was damit gemeint ist, ersetzt werden.

Des Weiteren ist in der Präambel auch die Rede von einer „sich selbst formierenden Eurokratie“. „Sich selbst formierend“ ist eine ungelene Charakterisierung und es wird nicht wirklich klar, was damit gemeint oder beabsichtigt ist. „Eurokratie“ ist völlig ausreichend.

Programm-4 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Ersetzung und Streichung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Es gibt keine „Lissabonner Verträge“, sondern nur einen Vertrag von Lissabon

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

- 1. In Zeile 12 wird „waren die Lissabonner Verträge“ ersetzt durch „war der Lissabonner Vertrag“.*
- 2. In Zeile 18 f. wird „Die anschließend konzipierten Lissabonner Verträge sind nahezu inhaltsgleich, haben“ ersetzt durch „Der anschließend konzipierte Lissabonner Vertrag ist nahezu inhaltsgleich, hat“.*
- 3. In Zeile 25 f. wird „Ratifizierung der Lissabonner Verträge“ ersetzt durch „Ratifizierung des Lissabonner Vertrags“.*
- 4. In Zeile 790 f. wird der Satz „Eine derartige Umverteilungsaktion widerspricht dem Geist der Lissabonner Verträge.“ ersatzlos gestrichen.*

Höchst vorsorglich beschließt die Europawahlversammlung auch die Änderungen aller anderen gegebenenfalls per Änderungsantrag eingefügten Stellen, in denen von „Lissabonner Verträgen“ die Rede ist, zu „Lissabonner Vertrag“ und autorisiert alle erforderlichen grammatischen Änderungen, die sich hieraus ergeben.

Begründung:

Anders als zum Beispiel bei den Römischen Verträgen, welche den EWG-Vertrag, den EURATOM-Vertrag und dazu gehörige Organisationsabkommen als eigenständige Vertragswerke umfassen, gibt es keine „Lissabonner Verträge“ im Plural, sondern nur einen einzigen von den Mitgliedsstaaten ratifizierten Vertrag von Lissabon, der ausweislich seines Vertragstexts zwei Verträge, die bereits zuvor bestanden („Vertrag über die Europäische Union“ und „Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“, letzterer wurde durch den Vertrag von Lissabon in „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ umbenannt), ändert. Die AfD sollte hier als nach Wahlumfragen bundesweit stärkste Partei genau bleiben.

Hinzu kommt, dass an einer Stelle des Leitantrags positiv auf den Vertrag von Lissabon Bezug genommen wird. Dies widerspricht der negativen Beurteilung dieses Vertrags in der Präambel. Daher sollte die positive Bezugnahme gestrichen werden.

Programm-5 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Ersetzung und Streichung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Die EU hat 27, nicht 28 Mitgliedsstaaten

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

In Zeile 28 wird der Text

„derzeit 28“

ersetzt durch

„derzeit 27“.

Begründung:

Die Europäische Union hat nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs 27 Mitgliedsstaaten, nicht 28. Die AfD sollte nicht bereits auf der ersten richtigen Seite des Programmtexts einen so offensichtlichen Fehler im Text beibehalten.

Programm-6 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Einfügung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christer Cremer, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Maximilian Kneller, Tobias Ebenberger

Präambel

Ergänzung nach ... seit vielen Jahren keine Lösungen geschaffen worden. (Zeile 63)

In der jüngsten Zeit ist die Bundesrepublik Deutschland leider der Hauptverantwortliche für die unkontrollierten Migrationsströme nach Europa mit ihrer sogenannten Willkommenskultur. Deutschland muss daher einen besonderen Beitrag zur Etablierung einer kompromisslosen Abschieds- und Rückführungskultur leisten.

Begründung:

Deutschland ist leider der migrationspolitische Geisterfahrer von Europa. Das muss man offen ansprechen und zeigen, dass es ein anderes Deutschland gibt.

Programm-7 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Neufassung, Streichung und Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Widersprüche im Programm zu Demokratie und Einstimmigkeit beseitigen

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

Die insgesamt drei widersprüchlichen Textstellen

1. „Die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip und die Einführung eines Mehrheitsprinzips sind mit der Natur der Europäischen Union als Staatenverbund nicht vereinbar. Das Mehrheitsprinzip hebt die Souveränität der Staaten aus.“ (Z. 94 bis 97)

2. „Da die EU, auch wegen des Einstimmigkeitsprinzips aller Mitgliedsstaaten, nicht im Sinne der AfD reformierbar ist, ...“ (Z. 134 f.)

3. „Da die EU-Mitgliedsstaaten hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft und ihrer geschichtlich gewachsenen sozioökonomischen Wertesysteme heterogen sind, verletzen Mehrheitsentscheidungen vielfach berechtigte wirtschaftliche Einzelinteressen der Mitgliedstaaten.“ (Z. 632 bis 635)

werden wie folgt harmonisiert:

1. Z. 94 bis 97 werden wie folgt neu gefasst: „Unsere Kritik an den Demokratiedefiziten der EU veranschaulicht, dass die EU an ihren selbst gesteckten demokratischen Maßstäben scheitert und nur der Nationalstaat eine authentische Quelle von Demokratie sein kann. Selbst wenn es aber der EU gelänge, ihr Demokratiedefizit zu beheben, wäre damit das Grundproblem nicht gelöst. Denn unabhängig von Demokratiedefiziten entwickelt sich die EU immer mehr zu einem europäischen Bundesstaat, bei dem die einzelnen Mitgliedsländer zu bloßen Gliedstaaten ohne eigene Souveränität degradiert werden. Dagegen hilft nur eine konsequente Rückkehr zum Einstimmigkeitsprinzip zwischen den Mitgliedsstaaten.“

2. In Zeile 134 wird der Einschub „auch wegen des Einstimmigkeitsprinzips aller Mitgliedsstaaten“ gestrichen.

3. In Zeile 634 werden vor dem Wort „Mehrheitsentscheidungen“ die Wörter „nicht im Konsens getroffene“ eingefügt.

Begründung:

Der derzeitige Programmtext zeigt leider kein Problembewusstsein für den auf der Hand liegenden Widerspruch, dass man nicht einerseits die EU als undemokratisch brandmarken kann (was im vorliegenden Leitantrag sehr umfangreich geschieht, und was ja aber auch zum Teil aus europäisch-föderalistischer Perspektive von links ebenfalls vorgetragen wird), andererseits aber in allen relevanten politischen Fragen demokratischen Mehrheitsentscheidungen auf EU-Ebene ab-

lehnt und lieber zu Konsens und Einstimmigkeit zurückkehren möchte. Dies ist ein logisches Einfallstor für Kritik von unseren politischen Gegnern. Der vorliegende Antrag stellt einen Versuch dar, diese Widersprüchlichkeit aufzulösen und etwas mehr Konsistenz bei dieser Frage herzustellen.

Programm-8 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Ersetzung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Björn Höcke, Thomas Gruber, Daniel Haseloff, Robert Teske, Daniel Mandler

Die Europawahlversammlung möge beschließen, den Leitantrag in den Zeilen 140 –142 wie folgt zu ändern.

Leitantrag: „Insbesondere die griechische Kultur, das römische Recht, das Christentum und die Aufklärung haben eine prägende Wirkung für alle europäischen Völker entfaltet.“

Neu: „Insbesondere die griechische Naturphilosophie, das römische Recht, das Christentum und die Aufklärung haben eine prägende Wirkung für alle europäischen Völker entfaltet.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Programm-9 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Redaktionelle Korrektur*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Markus Wagner, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt, Sven Elbers

In Z. 148 das Wort „Nation“ durch „Nationen“ ersetzen

Begründung:

Wir streben keinen Bund europäischer Nation, sondern einen Bund europäischer Nationen an. Da die Souveränität national verankert ist, ist diese Unterscheidung wichtig: Die einzelnen Nationen sind in diesem Bund souverän, der Bund selbst stellt eben keine Nation dar.

Programm-10 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Widersprüchliches Binnenmarkt-Modell durch Freihandelsabkommen ablösen

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

Das gesamte Kapitel in den Zeilen 164 bis 171 wird durch folgenden Text ersetzt:

„Freihandel statt Binnenmarkt

Wir halten es für wichtig, dass bei einer Neuordnung der wirtschaftlichen Strukturen und Funktionsweise der EU die Souveränität der Mitgliedsstaaten im Bereich der Handelspolitik wiederhergestellt wird. Dies ist aber nicht im Rahmen des derzeitigen Binnenmarktes möglich, bei dem zwangsläufig nur die Gemeinschaft, nicht aber der einzelne Mitgliedsstaat, über die Regeln des Binnenmarktes entscheiden kann. Wir befürworten daher ein Freihandelsabkommen zwischen den Mitgliedsstaaten als Grundlage für die wirtschaftliche Zusammenarbeit untereinander. Dies würde es ermöglichen, dass Deutschland wieder eigene bilaterale Handelsabkommen schließen und beispielsweise auch einen eigenen Zolltarif gegenüber den Teilen des Auslands, mit dem kein Freihandelsabkommen besteht, setzen kann. Zugleich wird durch ein Freihandelsabkommen auch nicht die Tür für noch engere wirtschaftliche Beziehungen zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten zugeschlagen, die diese auf Basis des Konsensprinzips wünschen.“

Begründung:

Der Leitantrag sieht vor, dass die AfD

1. einen Binnenmarkt befürworten soll (Binnenmarkt = einheitlicher Wirtschaftsraum, bei dem über die Zollunion hinaus auch die Rechtsordnung hinsichtlich der Standards für Produkte, Dienstleistungen und Kapital angeglichen ist),
2. dieser Binnenmarkt aber dann durch ein „Ziellandprinzip“ (beim Import in den Binnenmarkt gelten nicht Gemeinschaftsregeln, sondern die Regeln des Ziellandes, in das schlussendlich importiert wird) untergraben wird, und
3. jedem Mitglied des Binnenmarktes dann aber zugleich uneingeschränkter gegenseitiger Marktzugang innerhalb des Binnenmarktes versprochen wird.

Diese Konstruktion ist in sich widersprüchlich. Ein Binnenmarkt, bei dem jedem Mitgliedsstaat uneingeschränkter gegenseitiger Marktzugang versprochen wird und bei dem es aber gleichzeitig keine einheitlichen Regeln gibt, kann nicht funktionieren. Denn im Zweifel können Waren, Dienstleistungen und Kapital in einen solchen Binnenmarkt auch unter Umgehung der Standards im eigentlichen Zielland A eingeführt werden, nämlich indem in erster Instanz die Einfuhr in einen anderen Mitgliedsstaat B des Binnenmarktes mit niedrigeren Standards erfolgt. Dieser Mitgliedsstaat B hat dann aber innerhalb des Binnenmarktes uneingeschränkter Zugang zu den Mitgliedsstaaten mit höheren Standards und kann das Produkt, das den Ziellandstandard unterläuft, dann an Mitgliedsstaat A weiterhandeln. De facto wären die Regeln des Binnenmarktes also immer die Regeln des Mitgliedsstaates, das den niedrigsten Standard hat. Das ist jedoch nicht im deutschen Interesse!

Die widersprüchliche Konstruktion des Leitantrags ist daher durch eine widerspruchsfreie und zugleich ausgewogene Konzeption zu ersetzen. Nur ein Freihandelsabkommen gewährleistet, dass Deutschland wieder seine Souveränität und Gestaltungsfreiheit in der Handelspolitik zurückgewinnt und gleichzeitig die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen europäischen Staaten fortgesetzt wird. Die Parteien des Freihandelsabkommens würden zwar die Abschaffung von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen untereinander vereinbaren, aber hätten weiterhin volle handelspolitische Autonomie gegenüber Drittstaaten, die nicht dem Freihandelsabkommen angehören. Dies würde auch einen tauglichen Kompromiss zwischen den Befürwortern eines Binnenmarktes und Befürwortern eines „harten“ Dexit darstellen.

Programm-11 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Ersetzung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Andreas Mayer, Pascal Pfannes, Stefan Katzenberger, Tobias Pontow, Herbert Mohr, Julian Flak

In Zeile 164 wird „einer gemeinsamen Handelspolitik“ durch „wollen die durch den Vertrag von Lissabon an die EU übereignete Handelspolitik wieder in die Hände Deutschlands legen.“ ersetzt.

Begründung:

Der gemeinsame Markt der EU und die Zollunion haben auch ohne eine gemeinsame EU-Handelspolitik funktioniert, Die Kompetenzübertragung auf die EU hat uns Verträge wie TTIP und CETA beschert. Wir sehen eine schleichende Kompetenzaushöhlung. Die EU ist bereits im Begriff, sich die Kompetenz über gemischte Abkommen anzueignen und so die derzeit bestehenden Zustimmungserfordernisse des Bundestages zu unterlaufen.

Programm-12 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Streichung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Die Europawahlversammlung möge beschließen, dass der Leitantrag wie folgt geändert wird:

Der Abschnitt „Ein neutraler Kompetenzhof“ (Zeilen 217-226) wird gestrichen.

Begründung:

Ein Kompetenzgerichtshof, „dessen Richter von den obersten Gerichten der Nationalstaaten“ ernannt werden, würde bedeuten:

1. Merkelist Stephan Harbarth würde für Deutschland die Richter auswählen.
2. Ein mehrheitlich von fremden Gerichten benannter „Kompetenzhof“ würde am Ende über deutsche Interessen richten.

Programm-13 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Streichung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Die Europawahlversammlung möge beschließen, dass der Leitantrag wie folgt geändert wird:

In Zeile 286/287 wird „Als Vorbild kann dabei das sogenannte dänische Ghetto-Gesetz dienen“ gestrichen.

Begründung:

Dieses Gesetz etabliert Migrantenobergrenzen für Stadtviertel und etabliert Umsiedlungsprogramme. Auf Deutsch: Die Probleme in Problemvierteln werden exportiert in vormals problemarme Stadtviertel. Diese Umverteilung passt zur linken Ideologie der regierenden Sozialdemokraten in Dänemark, kann aber deshalb kein Vorbild für uns als rechte Partei sein. Die Probleme verschwinden nicht, wenn man sie verteilt, sondern nur, wenn man an die Wurzel der Probleme geht.

Programm-14 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Einfügung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Das Boot ist voll – Humanitäre Aufnahmen an weitere Bedingungen knüpfen

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

Der Satz in den Zeilen 350-352 „Aus humanitären Erwägungen unterstützen wir als weitere Option die freiwillige temporäre Aufnahme einer souverän bestimmten Zahl vorab ausgewählter besonders Schutzbedürftiger.“

wird um folgende zwei Nachsätze ergänzt:

„Zugleich weisen wir darauf hin, dass solche humanitär motivierten Aufnahmen nur dann von uns befürwortet werden und den Bürgern vermittelbar sind, wenn sich die massiv überspannten finanziellen, materiellen und kulturellen Aufnahmekapazitäten Deutschlands wieder erholt haben. Unabdingbare Voraussetzung für eine solche Erholung ist ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Migration, eine engmaschige Beschränkung und Steuerung legaler Migration und die kulturelle Anpassung sämtlicher Ausländer, die sich legal in Deutschland aufhalten.“

Begründung:

Die AfD ist die Partei der Migrationsbeschränkung, nicht der Migrationserweiterung. Dieser Satz erweckt den Eindruck, dass die AfD zusätzliche Migranten nach Deutschland holen möchte, auch wenn im Hinblick auf die Zahl und die Auswahl dieser Migranten eine differenzierte Formulierung gewählt wird.

Weitere humanitär motivierte Aufnahme in Aussicht zu stellen zeugt zwar von einer großzügigen und mildtätigen Gesinnung, ist aber vor dem Hintergrund der Migrationskatastrophe, die Deutschland seit 2015 jeden Tag erleidet, das falsche Signal, gerade auch an unsere Stammwähler. Wir sollten daher deutlich machen, dass wir nicht bedingungslos zusätzliche Aufnahmen besonders Schutzbedürftiger befürworten, sondern dass solchen Aufnahmen eine Korrektur der Migrationspolitik insgesamt vorangestellt sein muss.

Programm-15 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Einfügung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christer Cremer, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Maximilian Kneller, Tobias Ebenberger

Änderungsantrag zum Leitantrag der Bundesprogrammkommission „Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament

Deutschlands Kontrollverlust beenden

Ergänzung nach „in einem Daueraufenthalt“ in Zeile 390 um

„ und die Deutsche Staatsangehörigkeit“

Begründung:

Von diesem Parteitag sollte ein klares Signal gegen ein weiteres Verramschen der Deutschen Staatsangehörigkeit ausgehen. Mittlerweile fürchten sich andere Länder davor, dass es durch die lockere Haltung der Ampel-Koalition in Berlin zu einer weiteren Überfremdung Europas kommt. Diese Sorge hatte maßgeblich zum Brexit geführt.

Programm-16 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Einfügung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Widersprüche beim Kernthema Grenzschutz auflösen

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

Die verschiedenen Forderungen

„Dazu gehört auch eine konsequente Zurückweisung von sogenannten Wirtschaftsflüchtlings an den Schengen-Außengrenzen durch eine entsprechend ausgerüstete und gemeinsam finanzierte FRONTEX-Einheit.“ (Zeile 424 bis 426)

„Der Schutz der Außengrenzen des Europäischen Bundes wird als Aufgabe aller Mitgliedsstaaten verstanden.“ (Zeile 471 f.)

„Alle mit dem Außengrenzschutz verbundenen Kosten werden von der Gemeinschaft getragen. Die nationalen Behörden der Grenzstaaten können in Krisensituationen die Unterstützung von Behörden anderer Mitgliedsstaaten anfordern, also auch der deutschen Bundespolizei. Die Grenzstaaten werden außerdem ermächtigt, zur Wahrnehmung des Grenzschutzes technische und personelle Unterstützung ihrer Streitkräfte (Militär) heranzuziehen.“ (Zeile 477 bis 482)

„Nur so kann die Bundespolizei als Grenzschutzbehörde agieren, da die EU-Binnengrenze so in den Zustand einer Außengrenze und die Bundespolizei in den Zustand einer Grenzbehörde versetzt werden würden.“ (Zeile 541 bis 544)

werden durch folgende klarstellende Änderung miteinander harmonisiert:

Nach Zeile 426 wird folgender neuer Absatz eingefügt:

„Die AfD strebt im Ergebnis einen dualen Grenzschutz an. Das heißt, dass die Außengrenzen des Schengenraums bzw. des Europäischen Bundes gemeinschaftlich von der Staatengemeinschaft geschützt werden, die einzelnen Mitgliedsstaaten aber auch zusätzlich in Eigenregie Grenzkontrollen durchführen und andere verhältnismäßige Maßnahmen zur rechtsstaatlichen Abwehr illegaler Migration an ihren eigenen Staatsgrenzen treffen dürfen.“

Begründung:

Der Leitantrag sieht insgesamt vier verschiedene Forderungen für das von der AfD befürwortete Grenzschutzregime vor:

1. Abweisung von Wirtschaftsflüchtlings an den Schengen-Außengrenzen durch eine gemeinsam finanzierte FRONTEX-Einheit
2. Schutz der Außengrenzen des Europäischen Bundes durch alle Mitgliedsstaaten
3. Grenzstaaten können die Behörden anderer Mitgliedsstaaten zum Grenzschutz in Notfällen herbeirufen, was aber impliziert, dass doch nicht die Gemeinschaft, sondern der Grenzstaat den Grenzschutz an den Außengrenzen des Schengenraums/des Europäischen Bundes besorgt?
4. Bundespolizei soll aber selbst auch noch als Grenzschutzbehörde agieren.

Auch diese Forderungen rücken gefährlich nahe an die Fahrwasser logischer Widersprüchlichkeit. Zumindest sollte das Verhältnis der Forderungen untereinander sollte geklärt werden. Dies möchte der vorgelegte Antrag dadurch erreichen, dass ausdrücklich sowohl europäischer wie auch nationaler Grenzschutz befürwortet wird. Dadurch werden alle vier Forderungen plausibel.

Programm-17 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christer Cremer, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Maximilian Kneller, Tobias Ebenberger

Änderungsantrag zum Leitantrag der Bundesprogrammkommission „Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament

Deutschlands Kontrollverlust beenden

Ersetzung Zeile 480

„anfordern, also auch der deutschen Bundespolizei. Die Grenzstaaten werden“

Durch

„anfordern, also auch der Bundespolizei und der Landespolizeien aus Deutschland. Die Grenzstaaten werden“

Begründung:

Es ergibt keinen Sinn die Polizisten der Länder auszunehmen. In Krisensituation müssen alle Kräfte je nach Lage zur Verfügung stehen. Angehörige der Landespolizeien leisten jetzt schon Dienst in Auslandseinsätzen. Die meisten Polizisten in Deutschland sind Angehörige der Landespolizeien.

Programm-18 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Neufassung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Keine willkürlichen Altersgrenzen bei der Seenotrettung

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

Der Satz in Zeile 494 f.

„Übergänge von Personen auf Schiffe der Küstenwache finden, ausgenommen Notfälle und Kinder bis zum zehnten Lebensjahr, nicht statt.“

wird wie folgt neu gefasst:

„Zeitlich beschränkte Übergänge von Personen auf Schiffe der Küstenwache finden nur im Ausnahmefall zur Abwendung einer drohenden Gefahr für Leib und Leben der Migranten statt und dürfen unter keinen Umständen die Einreise der Migranten nach Europa zur Folge haben.“

Begründung:

Ein Kind, das elf Jahre alt ist, ist nicht weniger schützenswert als ein Kind, das zehn Jahre alt ist oder sonst ein Mensch, der droht, im Mittelmeer zu ertrinken. Anstatt eine willkürliche Altersgrenze festzuschreiben (die an unrühmliche Altersgrenzen-Ideen wie beispielsweise bei der Diskussion um die Einführung der Impfpflicht oder das Habeck'sche Heizungsverbot erinnert) sollte einfach die generelle Regel festgeschrieben werden, dass Menschen, denen Gefahr für Leib und Leben droht, ein zeitlich beschränkter Übergang auf Schiffe der Küstenwache gewährt werden kann. Es ist zugleich wichtig, hervorzuheben, dass ein solcher Rettungsakt nicht zur Einreise nach Europa führen darf. Es sei auch darauf hingewiesen, wie der politische Gegner diesen Programmpunkt ansonsten böseartig „framen“ könnte: Die AfD würde zulassen wollen, dass elfjährige Kinder ertrinken!

Programm-19 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Streichung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Die Europawahlversammlung möge beschließen, dass der Leitantrag wie folgt geändert wird:

In Zeile 506/510 wird „Die EU sollte außerdem Staaten in ehemaligen Kriegsregionen beim Wiederaufbau unterstützen“ gestrichen.

Begründung:

Es ist eine gute deutsche Tradition, dass wir auf freiwilliger Basis internationale Hilfsbereitschaft zeigen nach Naturkatastrophen, Bürgerkriegen etc. – doch das kann nicht die Aufgabe der EU sein! Am Ende agiert die EU schließlich zu relevanten Teilen mit deutschem Geld und darüber sollte nur Deutschland selbst entscheiden.

Programm-20 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Streichung und Neufassung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Kein „Fit4Return“ – Deutschland hat genug für Migration gezahlt

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

1. Der Text in den Zeilen 529 bis 532 „Das Motto muss lauten: ‚Fit4Return‘. Wir werden Menschen auf die Rückkehr vorbereiten. Das Ziel muss dabei das Erlernen beruflicher Fähigkeiten sein, die im Heimatland benötigt werden.“ wird ersatzlos gestrichen.

2. Die Überschrift in Zeile 512 wird wie folgt neu gefasst: „Remigration statt Talentabwerbung“

Begründung:

Die fiskalischen Lasten der Migration, die Deutschland schultern musste, sind so immens, dass es nicht vertretbar ist, jetzt auch noch staatliche Kernaufgaben des Auslands mit deutschen Steuergeldern zu finanzieren und eine systematische Ausbildung von sich in Deutschland aufhaltenden ausländischen Migranten, also im Zweifel auch illegalen Migranten, zu finanzieren. Illegale Migranten sind auszuweisen und nicht auszubilden. Legale Migranten haben bereits jetzt die Möglichkeit, sich in Deutschland ausbilden zu lassen und anschließend in ihre Heimatländer zurückzukehren. Es gibt bessere Wege, unsere Humanität zu zeigen!

Programm-21 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Einfügung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Andreas Mayer, Pascal Pfannes, Stefan Katzenberger, Tobias Pontow, Herbert Mohr, Julian Flak

Füge in Zeile 530 zwischen „vorbereiten.“ und „Das Ziel“ als neuen Satz ein:

„Die EU ist für die Vorbereitung nicht zuständig, doch begrüßen wir die Bereitstellung von EU-Finanzmitteln an die Mitgliedstaaten zu diesem Zweck.“

Begründung:

Die EU sollte sich keine Kompetenzen aneignen dürfen, die ihr ein Ausgreifen in die Bereiche Arbeitnehmerbildung und Zentralisierung von Abschiebungen ermöglichen. Das sind nationalstaatliche Aufgaben. Gleichwohl sollte Deutschland alle möglichen Töpfe zu diesem Zweck anzapfen können, um durch mehr Abschiebungen das Versagen der EU beim Grenzschutz kompensieren zu können.

Programm-22 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Ersetzung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Sprachliche Korrekturen im Migrationskapitel vornehmen

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

- 1. In Zeile 576 wird das Wort „EU“ durch „Staatengemeinschaft“ ersetzt.*
- 2. In Zeile 587 wird das Wort „Drittstaatler“ durch „Drittstaater“ ersetzt.*

Begründung:

1. Der gesamte Leitantrag leidet leider daran, dass das Objekt unserer programmatischen Forderungen nicht klar benannt wird. Am Anfang zeichnen wir zwar die Vision eines Europäischen Bundes (sinnvoller und logisch schlüssig wäre es gewesen, dies in ein Schlusskapitel mit einer Vision für die nächsten 30 Jahre ans Ende zu stellen und all unsere konkreten Forderungen davor im Programmtext auf die real existierende EU zu beziehen). Trotzdem werden im Programm immer wieder Forderungen erhoben, die einerseits von der Existenz der EU, andererseits von der Existenz eines Europäischen Bundes ausgehen und sich damit jeweils an unterschiedliche Adressen richten. Dies lässt sich nun kaum mehr durch einen einzelnen Änderungsantrag beheben, da dies von der Programmkommission bei der Endredaktion hätte berücksichtigt werden müssen. Um aber zumindest bei der wichtigen Forderung nach befestigten Grenzanlagen keine Verwirrung zu stiften, sollte hier der neutrale Begriff der Staatengemeinschaft eingesetzt werden, was sowohl auf die EU als auch auf einen Europäischen Bund nach Konzeption der AfD passt.

2. Auch wenn das Wort „Drittstaatler“ immer mehr Eingang in die Alltagssprache findet (so wie beispielsweise das falsche Wort „Burschenschaftler“), ist und bleibt „Drittstaater“ die richtige Formulierung.

Programm-23 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Neufassung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Offensichtlichen Widerspruch bei Forderungen zum Umgang mit Schlepperschiffen beseitigen

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

Die beiden miteinander im offensichtlichen Widerspruch stehenden Forderungen

„Auf den Meeren werden Schleuserboote ausnahmslos an ihre Herkunftshäfen oder den nächstgelegenen nicht-europäischen Hafen zurückerkortiert.“ (Z. 492 f.)

„In Seenot gerettete Menschen sind in den nächstgelegenen Hafen zu bringen, auch wenn dieser in Europa liegt.“ (Z. 588 f.)

werden durch folgende Änderung zu Gunsten einer einheitlich strengen Linie harmonisiert:

Der erwähnte Satz in Zeile Z. 588 f. wird wie folgt neu gefasst:

„In Seenot gerettete Menschen sind an ihre Herkunftshäfen oder den nächstgelegenen nicht-europäischen Hafen zu bringen.“

Begründung:

Es ist nicht nachvollziehbar, warum zwei sich völlig widersprechende Forderungen an unterschiedlichen Stellen im Programm stehen. Zusätzlich ist es auch nicht nachvollziehbar, warum man überhaupt mehrfach im Programm auf die Problematik der Schlepperbanden eingeht, anstatt dies gebündelt an einer einzigen Stelle zu tun. Hier wäre eine sorgfältige Endredaktion hilfreich gewesen.

Um zumindest die logische Inkonsistenz von zwei sich offensichtlich widersprechenden Forderungen zu beseitigen, wird vorgeschlagen, die beiden Forderungen zu vereinheitlichen. Nach Vorstellung der Antragsteller ist hierbei der migrationspolitisch strengeren Forderung beizupflichten.

Programm-24 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Die Europawahlversammlung möge beschließen, dass der Leitantrag wie folgt geändert wird:

Streiche Zeile 611 ab „Für außereuropäische [...]“ bis 621 und ersetze mit:

„Für außereuropäische Fachkräfte ist in Anlehnung an das „australische Modell“ das Fachkräfteeinwanderungsrecht zu reformieren. Im Rahmen eines Auswahlverfahrens werden wir ein Punktesystem mit klaren Auswahlkriterien etablieren, das v.a. die Höhe der Fachkräfteeinwanderung auf jährlicher Basis und je Branche, Konjunkturlage sowie der Lage am Arbeitsmarkt begrenzt. Weiterhin sind sowohl die Kompetenz als auch die sprachliche wie kulturelle Nähe entscheidende Kriterien im Auswahlverfahren.“

Begründung:

Australien ist ein Erfolgsmodell der Migrationspolitik, das auf zwei Stützen basiert: Eine konsequente Bekämpfung der illegalen Migration (siehe „Operation Souveräne Grenzen“, „Stop the Boats“) und eine strenge Regulierung der Einwanderung echter Fachkräfte in ihrer Zahl, ihrer Kompetenz, ihrer sprachlichen Fähigkeiten sowie ihrer kulturellen Kompatibilität. Der Leitantrag wirft hingegen verschiedene Migrationsmodelle durcheinander, weswegen es eine klare und verständliche Linie braucht: Australien. Als uns kulturell – trotz der großen Entfernung – relativ nahestehende Nation und Demokratie, die an ihrer erfolgreichen Migrationspolitik über Regierungswechsel hinweg festhält, ist Australien ein gangbares wie verständliches Vorbild, an dem wir uns orientieren können.

Programm-25 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Ersetzung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Die Europawahlversammlung möge beschließen, dass der Leitantrag wie folgt geändert wird:

Streiche die Zeilen 688-693.

Begründung:

Förderungen auf EU-Ebene haben dort a) nichts zu suchen, b) legitimieren die EU nur in ihrem nationalstaatsfeindlichen Kurs und c) orientieren sich nicht automatisch an deutschen Interessen..

Programm-26 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Keine globale Mindestbesteuerung nach Rezept von Olaf Scholz!

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

Die zwei Kapitel in den Zeilen 798 bis 819 werden durch das folgende neue Kapitel ersetzt:

„Besteuerung international tätiger Großkonzerne

International tätige Großkonzerne sind sehr geschickt darin, ihre Steuerlast zu minimieren oder Steuerzahlungen gänzlich zu vermeiden. Wir sind der Auffassung, dass es im 21. Jahrhundert nicht mehr zeitgemäß ist, Großkonzerne beispielsweise danach zu besteuern, wo sie ihren Unternehmenssitz haben. Maßgeblich für die Steuerlast sollte die eigentliche wirtschaftliche Aktivität sein, die ein Konzern in einem Land entfaltet. Anstatt also Forderungen nach einer globalen Mindestbesteuerung zu erheben, um Steueroasen zu eliminieren, halten wir es für sinnvoller, sich international darauf zu verständigen, dass die Steuerlast, die man einem Konzern auf nationaler Ebene auferlegt, vorrangig anhand des Anteils der wirtschaftlichen Aktivität des Konzerns im steuererhebenden Staat berechnet werden sollte (s.g. Gesamtkonzernbesteuerung). Staaten wie z.B. die USA oder Kanada setzen bereits seit dem 19. Jahrhundert dieses Modell bei Unternehmen ein, die in mehr als einem Bundesstaat bzw. einer Provinz tätig sind, um Steuergerechtigkeit zu schaffen. Dies hätte ebenfalls den Vorteil, dass die relevanten Teile bereits bestehender Doppelbesteuerungsabkommen abgelöst werden könnten. Und anders als bei einer globalen Mindestbesteuerung könnte jeder Staat weiterhin durch niedrigere Steuern Anreize dafür setzen, dass ein Unternehmen seine wirtschaftliche Aktivität in einem Land ausbaut. Auch wäre so eine Differenzierung zwischen digitalen und nicht-digitalen Geschäftsmodellen entbehrlich.“

Begründung:

Die AfD sieht sich als Wahrerin der Souveränität der Nationalstaaten. Die Idee, sämtlichen Staaten auf der gesamten Erde eine Mindestbesteuerung von 15 Prozent vorschreiben, so wie es im Leitantrag gefordert wird, ist eine sehr drastische Einschränkung dieser Souveränität, die wir eigentlich verteidigen wollen. Es ist daher auch kein Wunder, dass vor allem Olaf Scholz als früherer Finanzminister genau diese Idee auf internationaler Bühne vorangetrieben hat.

Gegen Steuerminimierung und Steuergestaltungen großer Konzerne hilft es nicht, einen einheitlichen globalen Mindeststeuersatz festzusetzen. Denn im Zweifel erhält der deutsche Fiskus dadurch ja nicht mehr Steuereinnahmen, wenn er nach dem jetzigen Berechnungsmodell für die Besteuerung solcher Konzerne gar keinen oder nur einen sehr geringen Anspruch auf Steuern hat. Richtig wäre es, sich international auf einen fairen und gerechten Steuerberechnungsmechanismus zu einigen. Das hier vorgeschlagene Modell der Gesamtkonzernbesteuerung würde die Souveränität der Nationalstaaten, ihre eigenen Steuersätze selbst festzulegen, wahren und gleichzeitig ein eigentlich intuitives und naheliegendes Prinzip verankern: Konzerne sollten dort besteuert werden, wo sie wirtschaftlich aktiv sind, und zwar gemessen am Umfang ihrer wirtschaftlichen Aktivität.

Programm-27 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Neufassung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Eigene Unternehmen durch gezielte Steuererleichterungen fördern

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

Das Kapitel in Zeile 829 bis 835 wird wie folgt neu gefasst:

„Aktive Förderung eigener Unternehmen durch Steuererleichterungen

Staaten wie Luxemburg sichern sich Wettbewerbsvorteile, indem sie gezielt einzelne Unternehmen durch Steuererleichterungen fördern. Wir halten es im nationalen Interesse Deutschlands ebenfalls für gerechtfertigt, in besonderen Fällen unsere eigenen Unternehmen durch geringere Steuern zu fördern. Bestehende Regelungen des Welthandelsrechts müssen dabei allerdings eingehalten werden.“

Begründung:

Die richtige Antwort auf Staaten, in diesem Fall einen befreundeten und historisch mit Deutschland verbundenen Nachbarstaat wie Luxemburg, ist es nicht, unfreundlich zu werden und sie zu geißeln, sondern selbst zu erwägen, wie man den eigenen Unternehmen durch Steuererleichterungen unter die Arme greifen kann. Dies auch vor dem Hintergrund, dass sich Großmächte wie z.B. China herzlich wenig für die im Leitantrag vorgetragenen Skrupel einer Vorzugsbesteuerung interessieren und wir nur dann wettbewerbsfähig bleiben, wenn wir ähnlich pragmatisch bleiben.

Programm-28 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Verschiebung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Die Europawahlversammlung möge beschließen, dass der Leitantrag wie folgt geändert wird:

Das Kapitel „Geld- und Währungspolitik: Der Euro ist gescheitert“ (Zeilen 916-1105) wird vor das Kapitel „Die wirtschafts- und sozialpolitische Souveränität der EU-Staaten wahren“ verschoben.

Begründung:

Der Euro ist unser Gründungsthema und die Rückkehr der Inflation bestätigt in unserer Position zum Euro. Die Bürger spüren bei jedem Einkauf, was die EZB mit der Kaufkraft ihres Geldes angerichtet hat. Dementsprechend prominent sollten wir das Kapitel nach dem Thema Migration platzieren.

Programm-29 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Redaktionelle Streichung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Die Europawahlversammlung möge beschließen, dass der Leitantrag wie folgt geändert wird:

In Zeile 975 wird „ist“ gestrichen.

Begründung:

Das Wort ist überflüssig.

Programm-30 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Neufassung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Die Europawahlversammlung möge beschließen, dass der Leitantrag wie folgt geändert wird:

Der Satz in den Zeilen 1111-1114 wird wie folgend neu gefasst:

„Aus geopolitischen und ökonomischen Notwendigkeiten heraus streben wir eine Wirtschafts- und Interessensgemeinschaft an, die ein Staatenbund mit einer weitgehenden Souveränität nach Innen sein soll.“

Begründung:

Ein „koordiniertes Auftreten nach Außen“, ergo die Außenpolitik, ist zwischen souveränen Nationen bestenfalls in Einzelfällen möglich. Schon die Interessenlagen von Deutschland und Frankreich sind substanziell unterschiedlich. Kommt man zu den Ländern des Baltikums, zu Polen, Ungarn, Kroatien oder Italien ist in kaum einer geopolitischen Frage auch nur ein tragbarer Kompromiss vorstellbar. Was für die EU schon gilt, gilt auch für einen theoretischen Staatenbund: Außenpolitik ist eine nationale Aufgabe und kann nur nach deutschen Interessen gestaltet werden, wenn sie in Berlin gemacht wird. Zumal klar ist: Jedes Konstrukt, das Außenpolitik machen will, ist ohne eigene Armee ein zahnloser Tiger. Weil wir richtigerweise eine Auflösung der Bundeswehr in einer EU-Armee ablehnen, hat auch ein theoretischer Staatenbund keine eigene Armee und kann damit auch keine sinnvolle Außenpolitik machen.

Programm-31 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Markus Wagner, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt, Sven Elbers

Ersetze in Z. 1111-1114 den Text

„Aus geopolitischen und ökonomischen Notwendigkeiten heraus streben wir eine Wirtschafts- und Interessengemeinschaft an, die ein Staatenbund mit koordiniertem Auftreten nach Außen und der weitgehenden Souveränität nach Innen sein soll.“

Durch:

„Der europäische Bund der Nationen, den wir als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft anstreben, wahrt die Souveränität nach Innen und ermöglicht die Koordination im Auftreten nach außen.“

Begründung:

Im Grundsatzkapitel ist die europäische Zusammenarbeit auch historisch begründet und unsere Idee als lockerer Bund der europäischen Nationen beschrieben. Dieser Bund sollte hier nicht allein mit „geopolitischen und ökonomischen Notwendigkeiten“ definiert werden. Seine Rolle ist auch nicht die Bündelung der Außenpolitik, gegen die sich die Nationalstaaten aus guten Gründen lange gewehrt hatten. Wenn wir schreiben, dass sie die Koordination im Auftreten nach außen ermöglicht, ist das eine Möglichkeit zum Handeln, aber kein Auftrag.

Programm-32 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Neueinfügung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Markus Wagner, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt, Sven Elbers

Füge in Z. 1120 nach „dabei zu berücksichtigen sind“ folgenden Text ein:

„Die europäischen Institutionen erfüllen diese Aufgaben nur zum Teil. Die Europäische Union mit ihrer Tendenz zur Expansion und Unterdrückung nationaler Souveränität muss begrenzt werden. Neue Ideen wie die ‚Europäische Politische Gemeinschaft‘ stellen ein interessantes informelles Gesprächsangebot dar, müssen aber ihren Nutzen noch beweisen. Wir begrüßen eine Zusammenarbeit im Europarat, wobei die Ideologiefreiheit und Neutralität des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wiederhergestellt werden müssen.“

Begründung:

Die Rolle der EU, des Europarats und der neuen „Europäischen Politischen Gemeinschaft“ werden hier kurz beleuchtet.

Programm-33 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Einfügung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt, Sven Elbers

Füge in Z. 1124 nach „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ folgenden Text ein:

„Wir setzen uns für die Achtung der Charta der Vereinten Nationen ein und stehen zu den universellen Menschenrechten, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 sowie in der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950 niedergelegt sind. Wir verurteilen jede Form des Angriffskriegs, insbesondere den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, und achten das Recht auf Selbstverteidigung.“

Begründung:

Wir sollten schon auch ausbuchstabieren, was das bedeutet: Die Achtung der UN-Charta und der Menschenrechte sowie die Verurteilung von Angriffskriegen und Kriegsverbrechen, die wir selbstverständlich ablehnen. Indem hier explizit die Fassungen von 1948 bzw. 1950 referenziert werden, lehnen wir ggf. vorgenommene Änderungen an den ursprünglichen Menschenrechten, etwa für „soziale“ oder „Umweltrechte“ ab.

Programm-34 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Einfügung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Andreas Mayer, Pascal Pfannes, Mario Schulze, Stefan Katzenberger, Tobias Pontow, Herbert Mohr, Julian Flak

In Zeile 1137 nach „einzuschränken.“ folgendes einfügen: „Diese Bündelung außenpolitischer Interessen kann nicht durch unsere EU-Abgeordneten oder überhaupt im EU-Parlament durchgesetzt werden. Wir wollen keine weiteren außenpolitischen Kompetenzen für die EU.“

Begründung:

Das EU-Parlament wollen wir abschaffen, Es ist nicht möglich, es als Startrampe für die Außenpolitik des von uns gewünschten Staatenbundes zu benutzen, um „gesamteuropäische Interessen zu bündeln“. Solches außenpolitisches Handeln in und aus den bestehenden EU-Institutionen heraus würde dazu führen, dass Kommission, EAD und EU-Parlament gestärkt würden und weitere außenpolitische Kompetenzen an sich reißen. Das widerspricht der Idee, Deutschland seine außenpolitische Souveränität zurückzugeben.

Programm-35 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Neueinfügung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Markus Wagner, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt, Sven Elbers

Füge in Z. 1138 nach „lehnen wir ebenso ab wie“ den Text „eine europäische Armee und“ ein.

Begründung:

Umsetzung unseres Grundsatzprogramms:

„Keine europäische Armee

Gemeinsame europäische Streitkräfte lehnt die AfD ab und hält an einer umfassend befähigten Bundeswehr als Eckpfeiler deutscher Souveränität fest.“

Programm-36 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Neueinfügung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Markus Wagner, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt, Sven Elbers

Lösche Z. 1145-1148:

„Mit dem wirksamen Schutz seiner Außengrenzen findet die Konstituierung und Abgrenzung des europäischen Pols in der multipolaren Weltordnung einen sichtbaren und spürbaren Ausdruck. Er macht unmissverständlich klar: Hier beginnt Europa und hier entscheidet Europa, wer Zugang erhält.“

Begründung:

Migration ist ein innenpolitisches Thema, wird in einem eigenen Kapitel behandelt und gehört nicht in eine Ausführung zu der flexiblen Teilnahme an Projekten der Europäischen Union: Migration einzudämmen ist eben nicht optional!

Zudem ist hier überhaupt nicht klargestellt, wo „Europa“ beginnt. Europa geht bis zum Ural und bis zum Bosphorus. Keiner in der AfD will „Europa“ am Bosphorus oder Ural verteidigen.

Die Referenz zu einem „europäischen Pol“ in einer „multipolaren Weltordnung“ verwirrt und hat Anklänge zur Weltordnungstheorie der Zwischenkriegszeit oder gar der der Nazis; sie ist jedenfalls unpassend zur heutigen Zeit und sollte von uns nicht verwendet werden.

Programm-37 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Streichung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Andreas Mayer, Pascal Pfannes, Mario Schulze, Stefan Katzenberger, Tobias Pontow, Herbert Mohr, Julian Flak

Streiche die Abschnitte USA, Russland und China von Zeile 1149 bis 1182.

Begründung:

Deutschlands Außenpolitik wird nicht in Brüssel gemacht und darf dort nicht gemacht werden. Wir wollen auch keinen weiteren Ausbau der EU-Außenpolitik, sondern deren Zurückverlagerung auf die nationale Ebene. Der richtige Ort für die Festlegung der deutschen Außenpolitik ist das Programm zur Bundestagswahl.

Programm-38 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Neueinfügung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Markus Wagner, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt, Sven Elbers

In Z. 1149 vor dem Kapitel zu den USA wird ein neues Kapitel eingefügt:

„Frankreich

Als wichtigster europäischer Handelspartner und zweitbevölkerungsreichstes Land der Europäischen Union ist Frankreich ein zentraler politischer Partner für Deutschland. Unter Emmanuel Macron hat sich das Land allerdings außenpolitisch zu einem zentralen Treiber der Zentralisierung in Brüssel gewandelt, die nicht im Interesse der deutschen und der französischen Bürger ist. Wir lehnen den Vertrag von Aachen von 2019 ebenso wie die Inhalte der ‚Rede von Sorbonne‘ und die Vorschläge der Schwächung der parlamentarischen Demokratie durch eine ‚grand débat‘ oder die ‚Konferenz zur Zukunft Europas‘ ab. Frankreich ist ferner eine zentrale Kraft, die illegale Migration unterbinden kann und muss. Das deutsch-französische Verhältnis wird nur dann wieder erfolgreich sein, wenn es sich auf die Werte de Gaulles und Adenauers zurückbesinnt: Frieden durch Austausch und Zusammenarbeit in tiefem Bewusstsein über die kulturellen Unterschiede und den Wert des christlichen Glaubens.“

Begründung:

In einem Europaprogramm Frankreich nicht zu behandeln, wäre fahrlässig. Beim Außenhandelsüberschuss liegt Frankreich hinter USA an zweiter Stelle. Zudem wird Frankreich in Zukunft als zuverlässiger Lieferant von Strom aus Kernkraftwerken benötigt. Dieser Antrag fasst einige Gedanken dazu.

Programm-39 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Neueinfügung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Markus Wagner, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt, Sven Elbers

In Z. 1149 vor dem Kapitel zu den USA wird ein neues Kapitel eingefügt:

„Osteuropäische Staaten

Gute Beziehungen zu unseren osteuropäischen Nachbarn sind von besonderer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung für Deutschland. Polen, Tschechien, Ungarn und die baltischen Staaten sind nicht nur wirtschaftlich aufstrebende Nationen, die sich in rasantem Tempo entwickeln, sie sind auch politisch zu den wichtigsten konservativen Kräften in der Europäischen Union geworden. Länder wie Polen und Ungarn kämpfen überzeugend für Souveränität, Identität und Familie und setzen sich nachdrücklich gegen illegale Migration und den ‚Wokeismus‘ ein. Hierfür werden sie regelmäßig von der Europäischen Kommission und linken politischen Kräften diffamiert. Wir setzen uns nachdrücklich für eine sofortige Beendigung dieser Diskriminierung und für eine gedeihliche Zusammenarbeit ein. So sehr wie die Zusammenarbeit bei der Umsetzung unserer gemeinsamen Werte schätzen, so sehr verurteilen wir die nach wie vor praktizierten antideutschen Tendenzen der polnischen Regierung, die zuletzt in hohen Reparationsforderungen mündeten. Wir lehnen diese Forderungen ab und fordern Polen zur Zusammenarbeit im Sinne unserer gemeinsamen Ziele auf.“

Begründung:

In einem Europaprogramm Osteuropa als starken Verbündeten bei der den Themen Migration und „Klimaschutz“ nicht zu behandeln, wäre fahrlässig. Als Beispiel: Bis jetzt ist Polen (Stand Mitte Juni 2023) das einzige Land, dass gegen das Verbrennerverbot klagt. Die FPÖ denkt darüber nach, es Polen nachzumachen. Dieser Antrag fasst einige Gedanken dazu.

Programm-40 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Neueinfügung und Streichung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Markus Wagner, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt

Füge in Z. 1150 vor dem Text „Gute Beziehungen“ folgenden Text ein:

„Die USA sind der wichtigste außereuropäische politische Partner Deutschlands und der wichtigste Handelspartner unserer Wirtschaft. Mit keinem anderen Land sind die wirtschaftlichen Verbindungen Deutschlands so eng wie mit den USA. Daher sind zur Sicherung der deutschen Interessen und unseres Wohlstands“

Und lösche das vorhandene „sind“ in Z. 1150.

Begründung:

Mit den Beziehungen zu den USA steht die Zukunft unseres Wohlstands auf dem Spiel. Die USA sind nicht nur das wichtigste Exportziel deutscher Güter (€ 156 Mrd. Euro im Jahr 2022; zum Vergleich: Frankreich 116 Mrd., Russland 14,6 Mrd. Euro) und hat nach China (299 Mrd. Euro) mit 249 Mrd. Euro den höchsten Handelsumsatz (zum Vergleich: Russland 50 Mrd. Euro), die deutsche Wirtschaft ist auch in den USA wie in kein anderes Land investiert: Mit 408 Mrd. Euro existieren in den USA fast so hohe Investitionen wie in der gesamten Europäischen Union mit 488 Mrd. Euro. In Russland sind es nur 22 Mrd. Euro.

Programm-41 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Markus Wagner, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt, Sven Elbers

Ersetze in Z. 1153-1165 den kompletten Text von „Die geopolitischen“ bis „mit anderen europäischen Staaten erfolgen“ durch:

„Dieser Austausch sollte jedoch vornehmlich bilateral zwischen Deutschland und den USA, nicht vornehmlich zwischen Brüssel und Washington vertieft werden. Einer Neuverhandlung des Freihandelsabkommens TTIP stehen wir ablehnend gegenüber, solange demokratisch nicht legitimierte Schiedsgerichte und die Aushöhlung europäischer Standards darin enthalten bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass der ‚Inflation Reduction Act‘ die deutsche und europäische Wirtschaft nicht vom Wettbewerb ausschließt, während der europäische Markt uneingeschränkt für US-Unternehmen geöffnet bleibt. Wir lehnen einseitige Visums- und Einreiseerleichterungen für US-Amerikaner nach Deutschland und Europa ab, die umgekehrt für Deutsche bei der Einreise in die USA nicht gelten.

Das Projekt Nord Stream ist für die europäische Energieversorgung von herausragender Bedeutung und nicht ohne weitreichende wirtschaftliche Probleme zu ersetzen. Wir erwarten von den USA kompromisslose und uneingeschränkte Mithilfe bei der Aufklärung zu den Anschlügen auf die deutsche Energieversorgung. Die NATO definieren wir als reines Verteidigungsbündnis, nicht als Interventionsverein. Ausgezeichnete politische Beziehungen setzen auch voraus, dass die amerikanischen außen- und sicherheitspolitischen Strategien deutschen und europäischen nicht zuwiderlaufen.“

Begründung:

Der sehr allgemeine Text im Leitantrag wird hier konkretisiert: Während der Originaltext allgemein „geopolitische und ökonomische Interessen“ formuliert, die sich zunehmend „unterscheiden“, ohne zu definieren, wie, werden hier zentrale Schieflagen im europäisch-amerikanischen Verhältnis angeführt:

Wir erteilen TTIP begründet eine Absage. Wir wollen keine protektionistische Subventionspolitik der Amerikaner, die sich gegen unsere Wirtschaft richtet – dann müssen auch US-Unternehmen in Europa erleiden.

Es kann nicht sein, dass US-Amerikanern jederzeit die Tür nach Europa offensteht, die USA sich aber seit Jahrzehnten nicht Europäern gegenüber geöffnet haben. Außerdem spricht der neue Text das wichtige Thema Nord Stream an. Der Versuch der USA, die Inbetriebnahme der Nord Stream-Leitung zu verhindern, ist zwar Fakt, aber durch die Sprengung leider schon wieder veraltet. Daher erwarten wir lückenlose Aufklärung und Zusammenarbeit. Gleichwohl wissen wir noch nicht, wer wirklich dahintersteckte. Daher sollte unser Europawahlprogramm, das ja immerhin fünf Jahre lang Gültigkeit hat, mit Aussagen vorsichtig sein, dass die US-Außenpolitik Deutschland zu etwas zwingt oder dass Deutschland durch die USA in Konflikte hineingezogen würde. Hierzu fehlt jeglicher Beweis.

Programm-42 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ (vermutlich) Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt, Sven Elbers

„Russland führt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine, den wir aufs Schärfste verurteilen. Wir fordern den russischen Präsidenten auf, die Kampfhandlungen sofort zu beenden, und setzen uns mit Nachdruck für einen unverzüglichen Waffenstillstand ein. Mit grausamen Kriegsverbrechen, Tausenden von Toten und unzähligen Zerstörungen hat dieser Krieg alle Hoffnungen und Bemühungen um ein gutes Verhältnis zwischen Russland und den Staaten der Europäischen Union ernüchert. Die völkerrechtswidrigen Gebietsbesetzungen in Staaten wie Georgien und Moldau sowie der Region Berg-Karabach erschweren eine Vertrauensbildung zusätzlich. Wir fordern mit Nachdruck von der russischen Regierung, der EU-Kommission und der deutschen Bundesregierung die Nutzung aller diplomatischen Mittel, um auf eine Beendigung des Krieges hinzuwirken. Ein gutes deutsch-russisches Verhältnis ist unverzichtbar für Frieden und Wohlstand in Europa. Russland war über Jahrzehnte ein zuverlässiger Lieferant und Garant einer erschwinglichen Energieversorgung für unsere energieintensive Industrie und soll es auch weiterhin sein. Wir fordern daher zur Wiederherstellung des Handels mit Russland die sofortige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland sowie die Instandsetzung der Nord Stream-Leitungen.“

Anmerkung der Bundesgeschäftsstelle: der Antrag enthielt keinen Editierbefehl.

Begründung:

Der Text des Leitantrags enthält mehrere Untertreibungen („viel Leid erzeugt“) und Plattitüden („es kann ohne Russland keinen dauerhaften Frieden geben“), die wir vermeiden sollten.

Die Bundestagsfraktion der AfD hat den Angriffskrieg klar verurteilt (<https://afdbundestag.de/positionspapier-ukraine-krieg/>) und das sollte auch aus dem Programm der Partei hervorgehen. Die Fraktion hat klar gesagt:

„1. Der Krieg gegen die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg Russlands, den wir scharf verurteilen. [...]“

3. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert vom russischen Präsidenten ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen und setzt sich mit Nachdruck für einen sofortigen Waffenstillstand sowie für die Entsendung einer VN/OSZE-Friedenstruppe in die Ukraine ein.“

Es ist daher richtig, auf die vielen militärischen Aggressionen und Kriegsverbrechen Russlands hinzuweisen und diese auch als Hindernis für unseren Wohlstand und unsere deutschen Interessen klar zu benennen. Dennoch fordern wir natürlich ein gutes deutsch-russisches Verhältnis und die Wiederaufnahme gegenseitiger Handelsbeziehungen, vor allem mit Gas.

Programm-43 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Neufassung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Die Europawahlversammlung möge beschließen, dass der Leitantrag wie folgt geändert wird:

Der Satz in Zeile 1173/1174 beginnend mit „Wir als [...]“ wird wie folgend neu gefasst:

„Deutschland und Russland teilen eine wechselhafte Geschichte. Unser Bemühen um ein von deutschen Interessen geleitetes Miteinander in Europa und gegenseitigen Handel, darf uns nicht blind gegenüber sowjetischen Kriegsverbrechen, der brutalen Vertreibung Deutscher aus ihrer Heimat im deutschen Osten sowie der Errichtung und Stützung des kommunistischen Unrechtsstaates der DDR machen. Geschichtsbewusst und auf Basis unserer nationalen Interessen setzen wir uns auf Augenhöhe mit Russland für Frieden in Europa, gemeinsamen Handel und einer echten Völkerverständigung ohne Kollektivschuld ein.“

Begründung:

Wenn wir richtigerweise Beziehungen zu den USA auf Augenhöhe wollen, dann sollte das auch für alle anderen Staaten gelten – also auch Russlands. Hierbei muss gerade die deutsche Rechte Unrecht der Vergangenheit benennen, Kollektivschuld narrative gegen unsere Ahnen abwehren und mit diesem Geschichtsbewusstsein auf Basis unserer nationalen Interessen souverän auf Augenhöhe mit Russland den Austausch und Handel suchen.

Programm-44 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Markus Wagner, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt, Sven Elbers

Ersetze in Z. 1185-1188 den Text von „Der Patentschutz“ bis „gerückt werden“ durch:

„Eine Fortführung des Handels auf diesem Niveau setzt jedoch voraus, dass die wichtigen Themenkomplexe Patentschutz und -achtung, die Wahrung der Unternehmensgeheimnisse und der gleiche Marktzugang europäischer und chinesischer Unternehmen zum jeweils anderen Markt gesichert sind. Die Investitionsbeschränkungen deutscher Unternehmen in China lehnen wir ab; werden sie nicht aufgehoben, müssen ähnliche Investitionsbeschränkungen für chinesische Unternehmen in der Europäischen Union erlassen werden.“

Begründung:

Der Text des Leitantrags ist China gegenüber zu positiv.

China betreibt massiv Unternehmensspionage, Patentraub und eine überaus schädliche Investitionspolitik in deutsche Unternehmen und Äcker, die seither um ein Vielfaches teurer geworden sind.

Zugleich beschränkt China weiterhin erheblich den Marktzugang für deutsche Unternehmen. China ist der wichtigste Importhandelspartner Deutschlands und ein wichtiges Exportland, doch stehen viele politische Hemmnisse diesen Wirtschaftsbeziehungen im Weg.

Die AfD sollte hier nicht, wie im Leitantrag erwähnt, „bilateralen freien Handel“, also ein Freihandelsabkommen mit China, fordern. Dieses würde Deutschland massiv schwächen.

Programm-45 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Die Europawahlversammlung möge beschließen, dass der Leitantrag wie folgt geändert wird:

Ersetze die Zeilen 1191 beginnend mit „Um auf[...]“ bis 1195 mit:

„Die damit von der Kommunistischen Partei Chinas vorangetriebenen Interessen sind nicht deutsche Interessen. Der möglichst reibungslose Handel mit China war und ist im ökonomischen Interesse unseres Landes. Aber die von den Kanzlern Gerhard Schröder, Angela Merkel und Olaf Scholz an den Tag gelegte Naivität gegenüber China, hat Deutschland in teils gefährliche Abhängigkeiten geführt, die im Zuge der Lockdowns für jeden ersichtlich wurden, sowie den Ausverkauf deutscher Unternehmen und Technologien befördert. Die AfD setzt sich für einen fairen Handel mit China auf Augenhöhe ein, was einen beidseitigen Marktzugang bedingt. Weitere Abhängigkeiten im Rahmen der „Neuen Seidenstraße“ sehen wir kritisch.“

Begründung:

Die Corona-Jahre haben gezeigt, dass China eben nicht einfach ein wirtschaftlich starkes Land ist, das von einer „gewöhnlich“ autoritären Regierung regiert wird, sondern ein totalitäres Regime des Kollektivismus ist. Was die Kommunistische Partei Chinas gemacht hat, war der feuchte Traum von Lauterbach. Wenn ein Staat schon so mit den eigenen Bürger umspringt, wie viel kann man ihm dann international vertrauen? Ob der Aufkauf deutscher Unternehmen, systematische Industriespionage oder Überwachung von Chinesen im Ausland – Peking ist kein „gewöhnlicher“ asiatischer Staat, sondern strebt danach, zweiter geopolitischer Pol neben den USA zu werden. Dabei ist die „Neue Seidenstraße“ kein Projekt von Gutmütigkeit gegenüber Europa, sondern ein Versuch weitere Abhängigkeiten zu schaffen und der neue Hegemon zu werden. Wer eigener Pol werden will, der darf sich nicht Abhängigkeitsprojekten Dritter unterwerfen.

Programm-46 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Markus Wagner, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt, Sven Elbers

Ersetze in Z. 1191-1199 den Text von „Um auf gleichberechtigter Grundlage“ bis „tragen zu können“ durch:

„Wir fordern von der deutschen Bundesregierung und von der EU-Kommission eine intensive Nutzen- und Risikoabwägung dieses Projekts für die deutsche und europäische Wirtschaft und erwarten eine klare Strategie, welche die Vorteile des Seidenstraßenprojekts für unsere Wirtschaft und strategischen Interessen nutzt, Gefahren und Risiken aber minimiert. Deutschland und die Wirtschaftsnationen Europas benötigen eine eigene globale Investitions- und Handelsstrategie, die unseren Interessen entspricht.“

Begründung:

Wir sollten uns ob der ruinösen und unfairen Industrie- und Handelspolitik der Kommunistischen Partei Chinas, die ihr eigenes Volk sogar mit einem Sozialkreditsystem unterjocht, bestimmt nicht vorbehaltlos der „Neuen Seidenstraße“ anschließen, die ganz klar nicht deutschen, sondern chinesischen Interessen dient. Wir werden sicherlich Teile dieser Strategie für uns nutzen können, brauchen aber eine eigene Strategie für die deutschen und europäischen Wirtschaftsinteressen.

Programm-47 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Streichung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Markus Wagner, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt, Sven Elbers

Lösche in Z. 1197-1199 den Text

„Deutschland sollte einen Beobachterstatus in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) anstreben, um der Bedeutung dieses Marktes angemessen Rechnung tragen zu können.“

Begründung:

Deutschland sollte sich ganz bestimmt nicht, wie im Leitantrag gefordert, durch einen Beobachterstatus in der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ Ländern wie der Volksrepublik China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgisistan, Pakistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan beordnen. Den Beobachterstatus haben dort aktuell die Mongolei, Afghanistan und Weißrussland inne. Deutschland auf dieses Niveau abzusinken, ist nicht Ziel der AfD, sondern aktive Politik der Grünen.

Programm-48 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Ersetzung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Markus Wagner, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt, Sven Elbers

Ersetze in den Zeilen 1200-1211

In Z. 1201-1202 „ein für Europa geostrategisch wichtiger Großraum“ durch „für Europa geostrategisch wichtige Weltregionen.“

In Z. 1208-1209 „im europäischen Raum“ durch „in Europa“

Begründung:

Die AfD spricht von Weltregionen und Europa, nicht „Großräumen“. Die Raumtheorie wurde in der Zwischenkriegszeit entwickelt und im Zweiten Weltkrieg für die Expansionspläne verwendet; wir sollten diese zur heutigen Zeit nicht passenden Theorien nicht in unser Programm einfließen lassen.

Programm-49 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Neufassung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Die Europawahlversammlung möge beschließen, dass der Leitantrag wie folgt geändert wird:

Der Satz in den Zeilen 1209 beginnend mit „Die AfD“ bis 1211 wird wie folgt neu gefasst:

„Die AfD fordert den sofortigen Entzug des EU-Kandidatenstatus der Türkei und die Einstellung der finanziellen Heranführungshilfen.“

Begründung:

Seit Jahren wird mit der Türkei nicht mehr über den Beitritt der EU verhandelt. Die Türkei hat aber weiter den Kandidatenstatus, den wir ihr entziehen können. Denn ohne ihn sind keine Verhandlungen möglich und somit auch kein EU-Beitritt

Programm-50 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Neufassung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Geopolitische Lage differenziert erfassen und europäische Seite der NATO stärken

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

Der Text in Zeile 1215 bis 1229 wird wie folgt neu gefasst:

„Ausgehend von der gegenwärtigen Lage zeichnet sich die Entstehung einer neuen bipolaren Weltordnung ab, in der neben dem derzeitigen westlichen Hegemon, den USA, ein östlicher Hegemon in Gestalt der Volksrepublik China tritt. Anzeichen dafür, dass es darüber hinaus zu einer multipolaren Weltordnung kommt, sind zwar vorhanden, aber doch eher spärlich gesät: Indien und Lateinamerika schwingen zwischen westlichem und östlichem Pol hin und her. Russland hat im Ukrainekrieg unter Beweis gestellt, dass es nicht einmal über die erforderliche militärische Stärke verfügt, um ein vergleichsweise schwaches Nachbarland wie die Ukraine in die Knie zu zwingen. Afrika bleibt Spielball zahlreicher Großmächte, die sich Ressourcen und Einfluss sichern. Die EU wiederum hat kein eigenes Militär und ein solches europäisches Militär wird von der AfD auch nicht unterstützt. Unabdingbare Voraussetzung für eine Hegemonialstellung ist aber neben der Wirtschaftskraft und kulturell-ideologischer Dominanz auch die militärische Stärke zur Absicherung der eigenen Politik.“

Wir halten es daher bei der sich abzeichnenden und wahrscheinlich nicht mehr aufzuhaltenden Blockbildung zwischen den zwei Rivalen USA und China für das Beste, dass Deutschland innerhalb seines bestehenden Bündnisses verbleibt und alle Möglichkeiten nutzt, um seine eigenen nationalen Interessen zu priorisieren. Hierzu gehört, dass der europäische Teil der NATO und damit auch Deutschland seine eigenen wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Fähigkeiten ausbaut, um stärkeren Einfluss in der Welt zu nehmen und nicht jedem Wunsch aus Washington Folge leisten zu müssen. Dann wäre es auch nicht mehr erforderlich, US-Truppen dauerhaft in Europa zu stationieren. Zugleich kann Deutschland, ausgehend von seiner Einbettung in das bestehende Verteidigungsbündnis, zusammen mit anderen Staaten wie z.B. Ungarn seine Position nutzen, um Brücken zum rivalisierenden östlichen Block zu schlagen und sich daran beteiligen, Konflikte zwischen den beiden Blöcken zu entschärfen.“

Begründung:

Die Prognose, dass es zu einer multipolaren Weltordnung kommt, ist einerseits analytisch leichtfertig, weil sich derzeit neben den USA und China kein wirklicher weiterer starker Pol überzeugend aufdrängt, und andererseits auch nicht im Interesse Deutschlands. Eine multipolare Weltordnung hätte zur Folge, dass die Konflikte zwischen den einzelnen Polen zunehmen werden, Spannungen und Kriege wahrscheinlicher werden und so vor allem die primäre Stärke Deutschlands, nämlich die Wirtschaft, ruiniert werden könnte. Der Fairness halber sei allerdings festgestellt, dass eine bipolare und eine multipolare Ordnung an einigen Stellen durchaus fließende Übergänge zueinander entwickeln könnten.

Ausgehend von dieser nüchternen Analyse wird Deutschland sich als viertgrößte Volkswirtschaft der Erde einer Wahl zwischen den beiden abzeichnenden Blöcken kaum entziehen können. Allein aufgrund seiner Lage inmitten zahlreicher anderer europäischer Staaten, die sich eindeutig dem westlichen Block zuordnen, wäre es töricht, wenn Deutschland ausscheren und sich gegen den Rest Europas von Lissabon bis nach Warschau stellen würde. Deutschland sollte seine eigenen nationalen Interessen priorisieren, dies aber in Anlehnung an eine Politik, wie sie zum Beispiel Charles de Gaulle betrieben hat, mit einer klaren Tendenz zum individualistisch geprägten Okzident, und nicht zum kollektivistisch geprägten Orient.

Im Übrigen wäre es natürlich wünschenswert, wenn Deutschland aus eigener Kraft einen eigenständigen Pol innerhalb einer nicht mehr unipolaren Welt bilden könnte. Dies kann aber vor dem Hintergrund dessen, dass die vergangenen Regierungen Deutschland an den Rand des Ruins geführt haben, allenfalls ein Fernziel sein.

Programm-51 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christian Loose, Michael Meister, Markus Wagner, Frank-Christian Hansel, Kurt Kleinschmidt, Sven Elbers

Ersetze in Z. 1215-1229 den Text von „Die Welt“ bis „ersetzen zu können“ durch:

„Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat die sicherheitspolitischen Herausforderungen Europas erneut verdeutlicht. Frieden ist nicht naturgegeben; er muss durch politische, militärische und wirtschaftliche Stärke immer neu erkämpft werden. Deutschland und seine europäischen Nachbarländer dürfen sich nicht mehr ausschließlich auf den Schutz oder Zusagen außereuropäischer Länder verlassen, sondern müssen endlich weitgehende militärische und strategische Autonomie erreichen.

Die Nato ist wesentlicher Eckpfeiler unserer Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit. Die Mitgliedschaft in der Nato entspricht den außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands, soweit sich die Nato auf ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis beschränkt. Nato-Einsätze außerhalb des Bündnisbereichs, an der sich deutsche Streitkräfte beteiligen, sollten grundsätzlich unter einem UN-Mandat stattfinden und nur, wenn deutsche Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden.

Die Zukunft der deutschen und europäischen Sicherheit liegt in der Schaffung eigener, nationaler Souveränität, die im Ernstfall mit den Fähigkeiten unseren europäischen Nachbarn gebündelt werden kann. Wir begrüßen eine sinnvolle Zusammenarbeit auf europäischer Ebene bei Befähigung, Beschaffung und Entwicklung militärischer Fähigkeiten. Gemeinsame europäische Streitkräfte lehnt die AfD ab und hält an einer umfassend befähigten Bundeswehr als Eckpfeiler deutscher Souveränität fest. Mit einer starken eigenen Streitkraft kann Deutschland in die Lage versetzt werden, die amerikanischen Streitkräfte mittelfristig auf deutschem Boden abzulösen.“

Begründung:

Der Text des Leitantrags widerspricht dem Grundsatzprogramm der AfD und ist daher zu verwerfen.

Das Grundsatzprogramm lautet wie folgt:

„Nato nur als Verteidigungsbündnis

Die Mitgliedschaft in der Nato entspricht den außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands, soweit sich die Nato auf ihre Aufgabe als Verteidigungsbündnis beschränkt. Nato-Einsätze außerhalb des Bündnisbereichs, an der sich deutsche Streitkräfte beteiligen, sollten grundsätzlich unter einem UN-Mandat stattfinden und nur, wenn deutsche Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden. Die AfD setzt sich für den Abzug aller noch auf deutschem Boden stationierten alliierten Truppen und insbesondere deren Atomwaffen ein.“
und:

„Keine europäische Armee

Gemeinsame europäische Streitkräfte lehnt die AfD ab und hält an einer umfassend befähigten Bundeswehr als Eckpfeiler deutscher Souveränität fest.“

Die in diesem Änderungsantrag entworfene Neufassung betont die Notwendigkeit des Aufbaus militärischer, politischer und wirtschaftlicher Stärke, also Souveränität, für den dauerhaften Erhalt des Friedens. Er eröffnet die Möglichkeit der Zusammenarbeit bei der Bündelung von Fähigkeiten im Ernstfall sowie bei der Beschaffung, wiederholt aber wortgleich das vom Grundsatzprogramm definierte und auch richtige Bekenntnis zur Nato sowie unser klares Nein zu europäischen Streitkräften.

Programm-52 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Neufassung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Investitionsschutzabkommen bei privaten Schiedsgerichten berücksichtigen

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

Der Satz in Zeile 1265 f. „Die AfD lehnt die Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten an private Schiedsgerichte ab.“ Wird wie folgt neu gefasst:

„Die AfD lehnt die Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten an private Schiedsgerichte außerhalb von bilateralen Investitionsschutzabkommen ab.“

Begründung:

Private Schiedsgerichte sind im Zusammenhang mit den Rechten souveräner Staaten zwar grundsätzlich kritisch zu sehen, können aber gerade im Kontext von Investitionsschutzabkommen von großem Vorteil für deutsche Wirtschaftsinteressen sein. Investitionsschutzabkommen haben den Zweck, dass die Investitionen ausländischer Unternehmen in einem eher instabilen Staat völkerrechtlich abgesichert werden. Ein Beispiel wäre zum Beispiel ein deutsches Unternehmen, das eine Fabrik in der venezolanischen Hauptstadt Caracas baut, dieses aber nur deshalb tut, weil zuvor ein Investitionsschutzabkommen geschlossen wurde, das das Unternehmen gegen Enteignung durch die herrschende sozialistische Regierung schützt und auch davor, der Rechtsprechung eines (im Zweifel von der dortigen sozialistischen Regierung einseitig besetzten) venezolanischen Gerichts zu unterliegen. Investitionsschutzabkommen sehen hier ein annähernd faires Verfahren der Streitbeilegung vor. In dem gewählten Beispiel würde die venezolanische Seite einen Schiedsrichter, die deutsche Seite einen Schiedsrichter und beide Schiedsrichter wiederum einen dritten neutralen Schiedsrichter ernennen, um Streitigkeiten ausgehend vom Investitionsschutzvertrag zu schlichten.

Programm-53 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Einfügung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Ablehnung europäischer Entwicklungspolitik im Programm aufnehmen

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

In Zeile 1301 wird folgender Satz als Schlusssatz des Unterkapitels „Entwicklungspolitik angefügt“:

„Eine europäische Entwicklungspolitik neben der Entwicklungspolitik der Nationalstaaten lehnen wir allein schon aufgrund der damit verbundenen Fragmentierung ab.“

Begründung:

In einem Europawahlprogramm sollte auch eine Positionierung zur bestehenden EU-Entwicklungspolitik vorhanden sein. Derzeit finden sich nur Forderungen in Bezug auf die nationale Entwicklungspolitik im Leitantrag.

Programm-54 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Streichung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Titel: Zuständigkeiten im Verkehrskapitel verdeutlichen

Die Europawahlversammlung möge beschließen:

1. In Zeile 1324 wird an den bestehenden Text folgender Satz angefügt:

„Staaten können bei der Verwirklichung von Infrastrukturprojekten auf einvernehmlicher Basis zusammenarbeiten. Wir lehnen es aber grundsätzlich ab, der EU weitere Kompetenzen zur Vereinheitlichung der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik einzuräumen.“

Begründung:

Im gesamten Verkehrskapitel ist an mehreren Stellen nicht wirklich klar, ob bestimmte Forderungen auf nationalstaatlicher Ebene oder durch die EU umgesetzt werden soll. Dies soll dadurch gelöst werden, dass die vorgeschlagenen grundsätzlichen Aussagen in die Einleitung aufgenommen werden.

Programm-55 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Einfügung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Andreas Mayer, Pascal Pfannes, Mario Schulze, Stefan Katzenberger, Herbert Mohr

Füge am Ende von Zeile 1347 ein: *„Wir werden uns dafür einsetzen, dass für den Verkehr gedachte EU-Mittel in möglichst großem Umfang nach Deutschland zurückfließen.“*

Begründung:

Deutschland ist größter Nettozahler und sollte maximal von den EU-Töpfen profitieren.

Programm-56 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Einfügung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Andreas Mayer, Pascal Pfannes, Mario Schulze, Stefan Katzenberger, Herbert Mohr

Füge nach „LKW-Maut“ in Zeile 1350 den folgenden Relativsatz ein: „die wir national gestalten wollen und deren Regelung durch die EU wir ablehnen“.

Begründung:

Der Leitantrag ist an dieser - wie an vielen Stellen - unklar, auf welcher Regelungsebene wir uns für die LKW-Maut einsetzen. Die EU, die wir als „undemokratisches Konstrukt“ erkannt haben, kann es sicher nicht sein, daher die Klarstellung.

Programm-57 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Einfügung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Die Europawahlversammlung möge beschließen, dass der Leitantrag wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor schützen“ wird am Ende in Zeile 1387 folgendes eingefügt:

„Die AfD lehnt jedwedes Verbot von Kurzstreckenflügen ab.“

Begründung:

Ist selbsterklärend.

Programm-58 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Neufassung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Die Europawahlversammlung möge beschließen, dass der Leitantrag wie folgt geändert wird:

In den Zeilen 1392/1393 beginnend mit „Es ist daher [...]“ wird folgend neu gefasst:

„Es ist nicht Aufgabe der EU, über das Wie und Ob von Antriebstechnologien von Autos zu bestimmen.“

Begründung:

Technologieoffenheit klingt toll, aber wozu braucht es Gesetzgebung zu Antriebstechnologien auf EU-Ebene? Das geht die EU nichts an.

Programm-59 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Ersetzung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

In den Zeilen 1402-1404 wird der Satz beginnend mit „Fahrzeuge mit“ folgend neu gefasst:

„Sämtliche Antriebstechnologien sind hinsichtlich ihrer Abgabenlast gleich zu behandeln.“

Begründung:

Wir stehen zuvorderst für den Verbrennungsmotor mit fossilem Kraftstoff ein, weswegen er nicht ausgelassen werden darf.

Programm-60 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Einfügung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Andreas Mayer, Pascal Pfannes, Mario Schulze, Stefan Katzenberger, Tobias Pontow

Füge in Zeile 1521 am Ende ein: „Die GAP lehnen wir ab. Wir wollen jegliche Subventionierung der Agrar- und Landwirtschaft auf EU-Ebene auf null reduzieren. Gleichwohl setzen wir uns, solange das nicht möglich ist, für möglichst landwirtschaftsfreundliche und marktnahe Ausgestaltungen ein, um die deutschen Bauern maximal vor Bürokratie und Belastungen zu schützen. Das beinhaltet auch, solche Subventionen zu unterstützen, von denen Deutschlands Landwirte überproportional profitieren.“

Begründung:

Deutschland ist größter Nettozahler. Deshalb muss die GAP auf jeden Fall weg. Doch wollen wir, solange es sie gibt, das Bestmögliche für unsere Bauern herausholen.

Programm-61 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Einfügung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Andreas Mayer, Pascal Pfannes, Mario Schulze, Stefan Katzenberger, Herbert Mohr

Am Ende von Zeile 1536 nach „erfolgen.“ einfügen: „Wir sind uns dessen bewusst, dass viele dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse durch eine grüne bauern- und technikfeindliche Stimmungsmache manipuliert sind. Den grünen Lobbyismus auf diesem Feld haben wir als Gefahr für unsere Bauern erkannt und werden ihm aktiv entgegenwirken.“

Begründung:

Der grüne Lobbyismus greift im EU-Parlament und in der EU-Kommission um sich. Das führt zu einer Verbotskultur, die sich mittlerweile zu einer Bedrohung für unsere Bauern und sogar für die deutsche Ernährungssicherheit entwickelt hat.

Programm-62 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Einfügung

Antragsteller: Landesvorstand Schleswig-Holstein;

Einzufügen nach Z. 1550:

EU-Fangquoten transparent machen und mittelfristig aufheben

Die AfD bekennt sich zum aktiven Naturschutz. Auch die natürlichen Fischbestände sollen bestmöglich geschützt werden. Dazu gehört die Förderung moderner Fischfangmethoden, um den Meeresboden zu schonen und den Beifang zu verringern. Die Ausweisung von Schongebieten und Fangbeschränkungen soll nur in Zusammenarbeit mit den Fischern erfolgen, wobei sich die Bereiche der Offshore-Windparks als neue Schutzbereiche anbieten.

Die AfD fordert eine größere Beteiligung der Fischer an der Fangmengenbegrenzung. Die Fischereiberufsverbände sollen bei der Festlegung der Fangmenge den Wissenschaftlern gleichgestellt werden. Bei der Verteilung der Quoten auf die einzelnen Fischer werden Nebenerwerbsfischer bisher benachteiligt. Diese Praxis ist zu beenden.

Langfristig strebt die AfD die Aufhebung Fangquoten an. Wichtiger wäre eine Vergrößerung der Maschenweiten in den Schleppnetzen und die Verringerung der Schleppgeschwindigkeit, um die erheblichen Beifangmengen zu reduzieren. Solange Fangquoten existieren, sollten diese mehrjährig festgelegt werden. Eine jährlich neue Festlegung erschwert den Fischereibetrieben erheblich eine wirtschaftliche Planung.

Der Artenschutz für Kormorane soll den tatsächlichen Vorkommen angepasst werden. Wenn eine Tierart die Fischerei in ihrer Existenz bedroht, dann sind Änderungen erforderlich. Wird die geschützte Tierart zur Plage, dann sollten sinnvolle Entnahmen möglich sein.

Begründung:

Die EU greift mit ihren Quoten tief in die Wirtschaftlichkeitsrechnung von traditionellen Fischereibetrieben ein und zwingt sie so aus politischen Gründen zur Aufgabe.

Damit droht nicht nur das Wissen um einen der ältesten Traditionsberufe zu verschwinden, sondern auch ein Teil der norddeutschen Identität und Kultur.

Nicht zuletzt für Urlauber aus dem In- und Ausland stellt die Küstenfischerei eine regionaltypische Attraktion dar.

Eine bewußte Ernährung mit dem gesunden Lebensmittel Fisch ist wichtiger denn je. Diese soll auch durch die deutschen Fischer erfolgen und nicht nur durch Importe. Daher muß der hemmende Einfluß der EU-Vorgaben und deren überbordende Regulierungswut zurückgedrängt werden.

Programm-63 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Einfügung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Andreas Mayer, Pascal Pfannes, Mario Schulze, Stefan Katzenberger, Tobias Pontow, Herbert Mohr

*Füge in Zeile [1554] nach „unter strikter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips geschehen“ ein:
„Wald ist eine nationalstaatliche Angelegenheit. Daher lehnen wir alle Bestrebungen der
Kommission ab, der deutschen Waldwirtschaft Vorschriften zu machen.“*

Begründung:

Klarstellung und Verschärfung. Der bloße Hinweis auf „Subsidiarität“ ist nicht eindeutig, denn das Subsidiaritätsprinzip erklärt auch, wann etwas auf der höheren Ebene geregelt werden darf. Das wollen wir beim Wald nicht. Die deutsche Eiche braucht keine Brüsseler Vorschriften.

Programm-64 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Ersetzung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Im Satz in den Zeilen 1572/1573 wird „und den Stopp nicht-staatlicher Pseudo-Zertifikate“ gestrichen und das Komma mit einem „und“ ersetzt.

Begründung:

Ein Verbot sämtlicher privaten Zertifikate ist nicht schlüssig.

Programm-65 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Ersetze die Zeilen 1580-1595 mit:

Wir bekennen uns ausdrücklich zur Tierhaltung in Deutschland. Die AfD steht für eine konsequente Umsetzung bestehender Tierschutzgesetze und lehnt jedwede Vorstöße linker und grüner Gruppierungen ab, die eine Verteuerung von Fleisch, Milch, Eiern und der weiterer tierischen Lebensmittel zum Ziel haben. Jeder soll frei über seine eigene Ernährung entscheiden können. Veggie-Quoten und dergleichen lehnen wir entschieden ab.

Eine regionale, wohnortnahe Nutztierhaltung reduziert den Bedarf an Tiertransporten. Wir möchten darauf hinwirken, dass die Transportwege von Lebewesen möglichst gering sind.

Wir setzen uns für einen möglichst geringen Einsatz von Antibiotika ein, um die Entstehung und Verbreitung multiresistenter Keime zu vermeiden. Pauschale Verbote lehnen wir ab.

Begründung:

Es fehlt eine klare Position gegen den Politveganismus der Grünen. Wir stehen zu unseren Landwirten und verteidigen den in Deutschland tief verwurzelten Konsum tierischer Lebensmittel. Ob Fleisch-Steuer, Veggie-Quoten oder Bio-Zwang – Fleisch und andere tierische Lebensmittel dürfen nicht zum Luxus werden. Eine freie Wahl der Ernährungsform muss geschützt werden.

Programm-66 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Ersetzung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Ersetze die Zeilen 1619-1621 mit:

„Der Wolf ist ein Raubtier, das zu Nutztierverlusten bei Landwirten führt. Die Unsicherheiten und Ängste der Menschen, speziell in ländlichen Regionen, müssen ernst genommen werden. Weidende Schafe, Ziegen, Rinder und Pferde sind besonders betroffen. Unsere Fürsorgepflicht gilt für unsere Weidetiere und dem Sicherheitsempfinden der Bürger. Zur Bestandsregulierung des Wolfes gehört die Ausweisung von wolfsfreien Gebieten.“

Begründung:

Das schwedische und norwegische Vorbild ermöglicht nicht genug Flexibilität zum regional passgenauen Wolfsmanagement. Wie wir schon zur Bundestagswahl gefordert haben, gehört zu diesem Management auch eine Ausweisung von wolfsfreien Gebieten sowie das Eintreten für die Interessen von Weidetierhaltern und die Sorgen der Bürger hinsichtlich ihrer Sicherheit.

Programm-67 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Streichung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Streiche in Zeile 1640 „durch diese ideologisch forcierte Industrialisierung“.

Begründung:

Die Industrialisierung unserer Gesellschaft hat nie dagewesenen Wohlstand und Freiheit für die Massen geschaffen. Das, was im Namen der Weltklimarettung mit der Verspargelung unserer Kulturlandschaften gemacht wird, ist absolut negativ zu sehen und kann nicht sprachlich auf eine Ebene mit der Industriellen Revolution gerückt werden. Wir stehen hinter unserer Industrie, aber nicht hinter der Energiewende, die unsere Industrie zerstört!

Programm-68 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Einfügung

Antragsteller: *Bundesfachausschuss 10*

*Werter Bundesvorstand
Wertes Tagungspräsidium
Werte Delegierte
Werte Damen und Herren*

hiermit beantragt der BFA10 die Einfügung folgender Formulierung ab Zeile 1691:

„Niemand streitet die jüngste globale Erwärmung ab. Die AfD bezweifelt dagegen ihre angeblich negativen Folgen, denn die Menschheitsgeschichte belegt, dass Warmzeiten immer zu einer Blüte des Lebens und der Kulturen führten, während Kaltzeiten mit Not, Hunger und Kriegen verbunden waren.“

Begründung:

Der Antrag des BFA10 wird begründet wie folgt:

In der ursprünglichen Zuarbeit des BFA10 zum Leitantrag der BPK war der Satz enthalten „Warme Phasen waren immer gute Zeiten; Kaltphasen immer schlechte Zeiten für die Menschheit.“

Diese Formulierung war sehr knapp formuliert, um gewisse Vorgaben in Bezug auf die Beitragslänge zu erfüllen. Durch die Verkürzung wird nicht klar, was mit „gute Zeiten“ und „schlechte Zeiten“ gemeint ist.

Im Rahmen des Mitgliedervotums wurde der Satz mit einer knappen Mehrheit (bei geringer Beteiligung) gestrichen. Der BFA10 ist der Überzeugung, daß dies u.A. mit der radikalen Verkürzung der Aussage und damit einer gewissen „Holprigkeit“ zu tun hat.

Der BFA10 hält die Aussage, dass eine Erwärmung nichts ist, vor dem die Menschen notwendigerweise Angst haben müssen, für eine bedeutende Erkenntnis.

Daher möchten wir hiermit die Formulierung vorschlagen, wie sie bereits im Bundestagswahlprogramm 2021 zu genau diesem Punkt einvernehmlich von BFA, BPK und Mitgliedern getragen wurde.

Programm-69 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Erweiterung und Korrektur

Antragsteller: Bundesfachausschuss 10

Werter Bundesvorstand
Wertes Tagungspräsidium
Werte Delegierte
Werte Damen und Herren

hiermit beantragt der BFA10 die Einfügung folgender Formulierung ab Zeile 1696:

"Die Verantwortung für die Anpassung an klimatische Bedingungen obliegt den einzelnen Nationen der EU. Bei etwaigen Veränderungen liegt die Entscheidung über Maßnahmen bei den Ländern in Reaktion auf die eigene Betroffenheit. Auf Seiten Deutschlands bedürfen die klimatischen Veränderungen der jüngeren Vergangenheit keinerlei spezieller Maßnahmen. Die Aufwendung von Mitteln und Regularien in Reaktion auf nur etwaige künftige Veränderungen ist unnötig, ökonomisch und ökologisch unverantwortlich.

Der hohe Wohlstand eines Landes, eine starke Industrie und Wirtschaft erlauben es, sowohl auf Wetterereignisse, als auch klimatische Veränderungen nötigenfalls kurzfristig zu reagieren - auch aus diesem Grund will die AfD der Wohlstandsvernichtung in den Ländern der Union Einhalt gebieten.

Eine intakte Landschaft und Natur beispielsweise mit hoher Biodiversität, wenig versiegelten Flächen, vernünftigem Gewässermanagement mit naturbelassenen Flüssen und Auen ist auch in Bezug auf verschiedenste Wetterlagen widerstandsfähiger und flexibler. Darum setzt sich die AfD für eine entsprechende Umweltpolitik ein. Dazu gehört insbesondere das Energiekonzept der AfD, welches auf Ressourcenschonung und geringen Flächenverbrauch abzielt."

Die Zeilen 1698 bis 1706 des Leitantrages („Da veränderte.... - möglicher Temperaturveränderungen“ sollen gestrichen werden.

Begründung:

Der Antrag des BFA10 wird begründet wie folgt:

In der Zuarbeit des BFA10 wurde unter Anderem aus Platzgründen das Thema „Anpassung“ nicht weiter ausgeführt.

Die in der BPK ad hoc entstandene Formulierung der Zeilen 1698-1716 versucht, das Thema näher auszuführen, enthält aber eine Reihe inhaltlicher wie politischer Fehler.

So bringt er zum Beispiel fälschlicherweise zum Ausdruck, daß katastrophale Klimaveränderungen zu erwarten wären, auf die man sich mit allerlei Maßnahmen vorbereiten müsse. Damit spielt man dem politischen Gegner in die Hände.

Mit der o.g. Formulierung möchte der BFA10 einen korrigierten Absatz zum Thema „Anpassung“ anbieten, welche Subsidiarität und Pragmatik mit der Befürwortung von Ökonomie und Naturschutz vereint.

Programm-70 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: Bundesfachausschuss 10

Werter Bundesvorstand
Wertes Tagungspräsidium
Werte Delegierte
Werte Damen und Herren

hiermit beantragt der BFA10 die Streichung der Zeilen 1698 – 1716 im Leitantrag der BPK und Ersetzung durch die ursprünglich vom BFA10 erarbeitete und eingereichte Formulierung.

Zu streichen:

„Da veränderte klimatische Verhältnisse beispielsweise eine veränderte Niederschlagsvariabilität mit sich bringen, müssen wir unser Kanalisationssystem, Dämme gegen Sturmfluten und die Landwirtschaft darauf vorbereiten. Flussbegradigungen sollten, soweit möglich, rückgängig gemacht werden. Neue Technologien werden uns helfen, auf Veränderungen zu reagieren. Besonders wichtig ist es, die internationalen Handelsbeziehungen von Deutschland zu verstärken. Nationen, die über ein großes Handelsnetzwerk verfügen, sind robuster gegenüber negativen Auswirkungen möglicher Temperaturveränderungen.“ Wir widersprechen und bekämpfen die klimapolitischen Vorschläge von Fridays for Future und weiterer NGOs auch deshalb entschieden, weil sie die industriellen Grundlagen unseres Wohlstandes zerstören. Wohlstand spielt aber eine entscheidende Rolle bei der Anpassung an klimatischen Veränderungen. In wohlhabenden Ländern sind weniger Opfer durch Naturkatastrophen und Wetterextreme zu verzeichnen. Je wohlhabender Deutschland ist, desto besser können wir unsere Bürger vor Klimaveränderungen schützen. Wir fordern daher mehr Investitionen, mehr internationalen Handel, mehr Wohlstand und niedrigere Steuern!“

Ursprüngliche Formulierung:

„...Fossile Energieträger waren und sind die Grundlage unseres Wohlstands. Die Behauptung einer Bedrohung durch den menschengemachten Klimawandel basiert nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Es ist vielmehr eine politische Agenda zur Besteuerung der Luft zum Atmen und damit der Durchsetzung gesellschaftlicher Umgestaltungen (Große Transformation). Es ist ein ökosozialistisches Projekt, welches zwangsläufig zur dramatischen Reduktion des Wohlstandes und zur totalitären Freiheitseinschränkung führt. Der jetzt schon schwindende Wohlstand und unsere mangelnde Zukunftsfähigkeit ist eine direkte Folge der aus rein politischen Gründen betriebenen Dekarbonisierung. Befangen in der Ideologie der großen Gesellschaftstransformation begibt sich die EU immer stärker auf einen internationalen Sonderweg. Der globale Haupttreiber, dieser fatalen Ideologie sind die nicht demokratisch legitimierte Brüsseler Bürokraten mit ihrem Green Deal...“

Begründung:

Der Antrag des BFA10 wird begründet wie folgt:

1. Politisch

Der Kampf gegen die „Große Transformation“ und Dekarbonisierung als Mittel zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft gehört zum Kerngedankengut der AfD, erkennbar im Bundestagswahlprogramm 2017 und von den Mitgliedern bestätigt im Europawahlprogramm 2019 und dem Bundestagswahlprogramm 2021. Die Formulierung der BPK bricht mit dieser Aufgabe.

Stattdessen spricht sie von „klimapolitischen Vorschlägen von Fridays for Future“ - und legt damit nahe, daß Klimapolitik sehr wohl notwendig ist, nur die Vorschläge die Falschen sind.

Damit widerspricht der Leitantrag der BPK dem Geist des Grundsatzprogramm der AfD. Die Zeilen 1698-1716 in der ursprünglichen Formulierung des BFA10 fügen sich logisch in die Argumentationslinie des gemeinsamen Kapitels „Klima – Fit 4 55 – Energie“ ein und bilden eine inhaltliche Klammer.

Aus dem Denkansatz des politischen Gegners, der Bundesregierung(en), des europäischen Parlamentes und der europäischen Kommission eines katastrophalen, menschengemachten Klimawandels folgt deren Bemühen, die gesamte Gesellschaft der Europäischen Union im Sinne einer „Großen Transformation“ umzubauen. Dabei bedient sich die Europäische Union zur Um- und Durchsetzung dieses Gesellschaftsumbaus zentralistischer, paternalistischer und autokratischer Mittel und Methoden, welche vollkommen korrekt als „ökosozialistisch“ und „totalitär“ im Beitrag des BFA10 beschrieben werden.

Auch die Handlungen und Äußerungen des politischen Gegners, der Europäischen Union, sowie diverser Nichtregierungsorganisationen zeigen, daß die Stoßrichtung der Klimabewegung auf eine Abschaffung der sozialen Marktwirtschaft hin zu einem sozialistischen, totalitären System hinausläuft und die Klimapolitik dafür häufig gar nur als Mittel zum Zweck dient.

Dies zeigen die im Kapitel „Fit 4 55“ aufgeführten Maßnahmenpakete, nicht zuletzt die Europäischen Notstandsverordnungen.

Nicht nur der BFA10, sondern auch unsere Mitglieder und eine Vielzahl von anderen Organisationen und Medien hat diese Bestrebungen des politischen Gegners mittlerweile erkannt und beginnt, diese offenzulegen und zu attackieren.

Zum Schutze der Bürger, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und dem Gesellschaftsmodell der sozialen Marktwirtschaft muß die AfD diese Zusammenhänge klar benennen und die Grundsäulen der Argumentation des politischen Gegners angreifen.

Der Beitrag des BFA10 leistet diese Aufgabe im Rahmen des dafür zur Verfügung stehenden Platzes, die Formulierung der BPK leistet dies nicht.

Die Formulierung des BFA10 fügen sich auch denklogisch an den Beitrag des auf ihn folgenden BFA11 an, welcher gleichfalls Ideologie, Zentralismus, Sozialismus und Green Deal ansprechen und ablehnen (4.0, 4.1, 4.4...)

2. Inhaltlich

Während der Beitrag des BFA10 zum Bundestagswahlprogramm 2021 kurz formulierte – und von BPK, Mitgliedern sowie Delegierten der AfD so bestätigt wurde:

„Niemand streitet die jüngste globale Erwärmung ab. Die AfD bezweifelt aber, dass diese nur negative Folgen hat. Statt einen aussichtslosen Kampf gegen den Wandel des Klimas zu führen, sollten wir uns an die veränderten Bedingungen anpassen, so wie es Pflanzen und Tiere auch tun. Die Menschheitsgeschichte belegt, dass Warmzeiten immer zu einer Blüte des Lebens und der Kulturen führten, während Kaltzeiten mit Not, Hunger und Kriegen verbunden waren. Es ist bis heute nicht nachgewiesen, dass der Mensch, insbesondere die Industrie, für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich ist. Die jüngste Erwärmung liegt im Bereich natürlicher Klimaschwankungen, wie wir sie auch aus der vorindustriellen Vergangenheit kennen“

und darin sowohl klarstellt, daß der menschliche Einfluß auf klimatische Veränderungen wahrscheinlich vernachlässigbar ist („bis heute nicht nachgewiesen“ in Anbetracht der gigantischen Aufwände an Ressourcen und Zeit, das Gegenteil zu beweisen, läuft genau auf „wahrscheinlich vernachlässigbar“ hinaus“), als auch die klimatischen Schwankungen der zurückliegenden Jahrzehnte im Rahmen natürlicher Schwankungsbreiten einordnet, nennt der Leitantrag diese Punkte genau nicht.

Damit impliziert der Leitantrag gerade, daß der politische Gegner mit seiner Unterstellung eines menschengemachten, katastrophalen Klimawandels Recht hätte und die AfD damit nur anders umgehen möchte.

Dies wird gestützt durch die Formulierung „...vorbereiten“ - weil eine Vorbereitung naturgemäß nur sinnvoll ist, wenn eine Veränderung vorhersagbar eintritt und ein Handeln notwendig macht. Genau die Vorhersagbarkeit aber hat sich durch Scheitern von Vorhersagen im Klimabereich immer wieder als Trugschluß erwiesen.

Darüber hinaus spielt die Formulierung im Leitantrag auch in die Kompetenzen anderer BFA hinein, beispielsweise des BFA1 („internationale Handelsbeziehungen“), BFA7 („Flußbegradigungen“, „Landwirtschaft“), des BFA11 („Investitionen“), des BFA13 („Dämme“, „Kanalisationssystem“).

Zu guter Letzt stellt der Text im Leitantrag Behauptungen auf, welche so nicht bewiesen und argumentativ zu untermauern sind, insbesondere die Kausalbeziehung zwischen Wohlstand einer Nation und ihrer Fähigkeit, mit Katastrophen umzugehen.

Mehr noch, die Formulierung im Leitantrag insinuiert, daß sich das Klima in verschiedensten Weltregionen, aber insbesondere in der Europäischen Union in der Vergangenheit so verändert hätte, daß es in jüngster Vergangenheit mehr Extremwetter und Wetterkatastrophen gegeben habe und in Folge der Klimaveränderungen geben würde, so daß die Menschen sich daran anpassen müssten.

Die Behauptung einer globalen oder in der Europäischen Union zunehmenden Zahl von Extremwetterlagen oder Wetterkatastrophen entspricht derjenigen unseres politischen Gegners und hat sich wieder und wieder nicht nur als nicht erwiesen, sondern im Gegenteil als falsch herausgestellt.

Zur Anpassung an klimatische Veränderungen sagt der Leitantrag, wie auch ursprünglich vom BFA10 vorgeschlagen:

„...Seitdem Menschen in Europa siedeln, haben sie sich immer an Klimaveränderungen angepasst. Auch heute ist Anpassung der einzig mögliche Weg mit Klimaveränderungen umzugehen...“

Damit wird im Beitrag für 2024 Anpassung bereits angesprochen, ebenso wie bereits 2019, ohne damit Katastrophen oder menschliche Ursachen zu insinuieren.

3. Entstehung der Formulierung im Leitantrag

Die Formulierung im Leitantrag der BPK stellt eine vollständige Ersetzung einer großen Passage des vom BFA10 gemeinsam erarbeiteten und von sämtlichen Mitgliedern ohne Gegenstimmen beschlossenen Textes durch eine Version dar, welche inhaltlich mit der Zuarbeit des BFA10 nicht das Geringste zu tun hat.

Diese weitreichende Änderung wurde von einem nicht in einem BFA engagierten Mitglied der BPK spontan auf der beschließenden Sitzung eingebracht. Eine Konsultation des BFA10 vor der Sitzung, wie sie in Anbetracht einer so weitreichenden Änderung notwendig gewesen wäre, fand nicht statt.

Da der BFA10 seine Zuarbeit viele Wochen vor der BPK-Sitzung eingereicht hatte, wäre eine solche Konsultation problemlos möglich gewesen.

Trotz des fachlich begründeten und von sämtlichen Mitgliedern des BFA10 gestützten Protestes gegen diese Ersetzung fand die Formulierung Eingang in den Leitantrag der BPK. Dies muß aus mehreren Gründen korrigiert werden.

Aus all diesen Gründen verlangen die Mitglieder des BFA10 und der aufgeführten LFA eine Streichung der Zeilen aus dem Leitantrag und die Wiedereinsetzung des Beitrages des BFA10 in den alten Stand.

Vielen Dank und mit freundlichem Gruß verbleibend

im Namen des BFA10:

Kay-Uwe Klepzig, Sprecher BFA10

Dr. Andreas Geisenheiner, stellv. Sprecher BFA10

Christian Schipp, stellv. Sprecher BFA10

Peter Würdig, Schriftführer BFA10

Frank Weber, Stellv. Schriftführer BFA10

Dr. Helmut Waniczek, BFA10, LFA10 NRW

Rainer Ronke, LFA10 Schleswig – Holstein

Michael Limburg, BFA10, LFA10 Brandenburg

Arkadi Wolfsohn, Leiter LFA10 Hessen
Dieter Glatting, BFA10, LFA10 Baden-Württemberg
Timethy Bartesch, BFA10, LFA10 Baden-Württemberg
Dieter Rieger, BFA10, LFA10 Rheinland-Pfalz
Peter Vögele, BFA10, LFA10 Baden-Württemberg
Dr. Christian Blex, BFA10, LFA10 NRW
Dr. Leonhard Martin, BFA10, LFA10 NRW
Michael Maseratis, BFA10, LFA10 NRW
Sven Rüger, BFA10, Leiter LFA10 Sachsen
Marcus Resch, BFA10, LFA10 Hessen
Dr. Sylvia Limmer, MdEP, BFA10, LFA10 Bayern
Astrid zum Felde, LFA10 Niedersachsen
Tobias Thieme, BFA10, LFA10 Berlin
Prof. Hans-Joachim Lüdecke, Kooptierter
PDF-Protokoll zum Antragsbeschluss hochladen

Programm-71 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Einfügung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Andreas Mayer, Pascal Pfannes, Mario Schulze, Stefan Katzenberger, Tobias Pontow, Herbert Mohr

Füge nach Zeile 1819 ein:

„- Regulatorische Benachteiligung von Kernenergie aufheben (z.B. Taxonomie)“

Begründung:

Die EU versucht Kernenergie durch regulatorische Benachteiligung zu verteuern. Kernenergie sollte nicht diskriminiert werden und gleichberechtigt von allen EU-Fördertöpfen profitieren können. Es ist Aufgabe der nationalen Politik, diese Fördertöpfe entsprechend anzuzapfen und Kernkraft wieder zu einer bedeutenden Energiequelle zu machen.

Programm-72 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Einfügung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Christer Cremer, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Maximilian Kneller, Tobias Ebenberger

Änderungsantrag zum Leitantrag der Bundesprogrammkommission „Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament

Energie

Ergänzung Zeile 1819 „nach Kernenergieforschung wieder aufnehmen.“

Deutschland und Europa müssen wieder zu den führenden Anbietern im Bereich der Kernenergie werden. Gerade mit Blick auf den politisch herbeigeführten Abbau von deutschen industriellen Fähigkeiten im Bereich der Kerntechnik sind hierfür europäische und internationale Forschungsk Kooperationen anzustreben.

Danach neuer Spiegelstrich

„Wiederaufnahme der Stromproduktion in den sechs seit dem Ende des Jahres 2021 außer Dienst gestellten deutschen Kernkraftwerken. Zur Beschleunigung und Sicherstellung dieses Vorhabens sind auch (Teil-)Verstaatlichungen von Energieunternehmen in Erwägung zu ziehen.

Begründung:

Die Strompreise in Deutschland und Europa müssen sinken, um eine drohende Deindustrialisierung zu verhindern. Das können wir nur durch eine Ausweitung des Energieangebots erreichen. Die Kernkraft ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer zukunftsfähigen Energieversorgung. Der deutsche Sonderweg in diesem Bereich muss sofort beendet werden. Deutschland hat von allen Industrieländern mit die höchsten Energiepreise der Welt. Der Wiedereinstieg in die friedliche Nutzung der Kernenergie ist der einzige Ausweg zur nachhaltigen Absenkung der Energiekosten in Deutschland und Europa. Niedrige Energiekosten sind unverzichtbar für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Deutschland und Europa.

Programm-73 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Ersetze die Zeilen 1858/1859 mit:

Das Beschaffungswesen der öffentlichen Hand ist verpflichtend anhand strategischer und sicherheitspolitischer Erwägungen auszurichten. Bei der digitalen Infrastruktur Deutschlands lehnen wir die Beteiligung von chinesischen Konzernen, die de facto der Kontrolle der Kommunistischen Partei Chinas unterliegen, ab.

Begründung:

Die vergangenen Corona-Jahre haben eindrucksvoll gezeigt, zu was Regierungen bereit sind. In China hat die Regierungspartei, die Kommunistische Partei Chinas, nicht nur die wahrscheinliche Entstehung des Corona-Virus in einem Labor in Wuhan vertuscht, sowie die Verbreitung des Virus erst verschwiegen, sondern ein Corona-Regime für die eigenen Bürger errichtet, das man nicht anders als totalitär bezeichnen kann. Corona-Extremisten wie Karl Lauterbach blickten neidisch auf das, was die KP Chinas machte, konnten es zum Glück aber nicht zu 100 Prozent in Deutschland umsetzen. Die ohnehin schon weit ausgebaute digitale Überwachung in China – Stichwort Sozialkreditsystem – wird ermöglicht durch Technik vermeintlich privater Unternehmen aus China, die aber allesamt faktisch unter der Kontrolle der Kommunisten in Peking stehen. Wenn die Machthaber in Peking die von ihnen kontrollierte Technik bereits so schamlos-totalitär gegen die eigene Bevölkerung einsetzen, wie viel Skrupel werden sie dann erst haben, wenn es darum geht exportierte chinesische Technologie gegen die vermeintlich „feindlichen“ westlichen Gesellschaften einzusetzen und damit auch gegen das deutsche Volk? Wir sollten der Kommunistischen Partei Chinas keine Hardware-Hintertür bauen, um alles überwachen zu können, was die Deutschen im Internet machen. Angela Merkel und Olaf Scholz sind sich in dieser Frage einig: Peking soll die digitale Infrastruktur Deutschlands kontrollieren können. Als Patrioten sollten wir uns deswegen umso deutlicher gegen Merkel und Scholz stellen und chinesische Konzerne vom Ausbau der deutschen digitalen Infrastruktur ausschließen.

Programm-74 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Ersetzung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Pascal Pfannes, Krzysztof Walczak, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Ersetze die Zeilen 1908-1918 wie folgt:

Zur Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Arzneimitteln und zur qualifizierten Beratung von Patienten ist ein landesweites Netz von Apotheken weiterhin unabdingbar. Wir unterstützen die Mündigkeit des Patienten in der freien Auswahl einer Apotheke oder Versandapotheke bei rezeptfreien und rezeptpflichtigen Medikamenten.

Begründung:

Wir sind keine Lobbyorganisation für Apotheken, sondern treten für die Wahlfreiheit für Patienten und den marktwirtschaftlichen Wettbewerb ein. Es geht den Staat nicht an, wo ein Bürger vollkommen legal Medikamente kauft. Die Bürger sind mündig und brauchen keine Bevormundung durch den Staat. Die Schaffung eines faktischen regionalen Monopols von Apotheken durch das teilweise Verbot von Versandapotheken – mit all den negativen Folgen eines Monopols für die Bürger – entspricht nicht unserem Eintreten für die soziale Marktwirtschaft.

Programm-75 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Ersetzung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Rainer Rothfuß, René Dierkes, Christian Blex, Günter Felder, Christina Baum, Christina Specht, Ramona Köllner

Änderungen im Abschnitt ab Zeile 1943: „keine allgemeine Impfpflicht“:

zu Zeile 1943 „keine allgemeine Impfpflicht“ ersetzen durch „keine Impfpflicht“

zu Zeile 1948 „angedachten digitalen Impfzertifikat“ ersetzen durch „geplanten digitalen Impfzertifikat“

zu Zeile 1949 „mRNA-Applikationen“ ersetzen durch „mRNA-Injektionen“

zu Zeile 1951 „...über ihren eigenen Körper in hohem Maße ein...“ ersetzen durch „... über ihren eigenen Körper grundrechtswidrig ein...“

Begründung:

Korrekturen zwecks programmatisch schlüssiger Darstellung und für klarere, bessere Verständlichkeit

Programm-76 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Ersetzung und Einfügung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Rainer Rothfuß, René Dierkes, Christian Blex, Günter Felder, Christina Baum, Christina Specht, Ramona Köllner

Änderungsantrag zum Abschnitt ab Zeile 1958: „Stopp aller Corona-Impfungen“

zu Zeile 1960: „nur in geringen Teilen erklärbaren“ ersetzen durch „alarmierenden“

zu Zeile 1975: nach „rechtliche Nachteile“ „und juristische Verfahren“ einfügen

zu Zeile 1975: „Impfpolitik“ ersetzen durch „Impf- und Coronapolitik“

Begründung:

Präzisierende Korrekturen bzw. Ergänzungen zur besseren Verständlichkeit und Berücksichtigung aller Betroffenen

Programm-77 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ *Einfügung*

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Füge in Zeile 1982 nach dem Satz, der mit "kennzeichnen" endet, folgendes ein:

Generell treten wir dafür ein, dass die EU-Insektenfreigabe rückgängig gemacht wird. Bis dahin tritt die AfD für die Schaffung eines Zertifikats ein, das die Insektenfreiheit eines Lebensmittels garantiert und prominent auf Verpackungen platziert ist.

Begründung:

Mit einer klaren Position zu diesem Thema haben wir ein starkes Alleinstellungsmerkmal. Die übergroße Mehrheit der Deutschen will keine Insekten essen.

Programm-78 Antrag zum „Leitantrag Programm zur Europawahl“ Neufassung

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Krzysztof Walczak, Pascal Pfannes, Sven Tritschler, Marco Schulz, Dietmar Wagner, Christer Cremer, Andreas Mayer

Der Satz in den Zeilen 2198-2200 beginnend mit "Die amtlichen [...]" wird wie folgt neu gefasst:

Wir lehnen jede Form der Gendersprache ab. Das generische Maskulinum ist die korrekte, natürliche und ideologiefreie Ausdrucks- und Schreibweise. Die Verwendung von Gendersprache in Bildungseinrichtungen von Lehrern wie Schülern ist nicht statthaft. Notenabzüge oder andere Benachteiligungen für die Verwendung des generischen Maskulinum lehnen wir dementsprechend entschieden ab.

Begründung:

Der Rat für deutsche Rechtschreibung ist mittlerweile ambivalent zum Thema Gendersprache. Damit ist er keine sichere Stütze mehr für unsere Positionen.

Sachanträge

SN-1 Sachantrag

Ehrerklärung gegen Doppelmandate

Antragsteller: *fünf ordentliche Delegierte;*

Alexander Sell, Carlo Clemens, Mary Khan-Hohloch, Marie-Therese Kaiser, Irina Pierenz, Herbert Mohr, Marc Bernicke, Krzysztof Walczak, Sylvia Bothe

Die Wahlversammlung möge beschließen:

Jeder Kandidat für das Europäische Parlament, der bereits ein Mandat im Parlament eines Bundeslandes wahrnimmt, muss in seiner Bewerbungsrede eine Ehrerklärung dahingehend abgeben, dass er im Fall seiner Wahl ins Europäische Parlament sein bisheriges Mandat niederlegen wird.

Für den Fall, dass der Mandatsträger seine Ehrerklärung bricht und nach der Wahl in das Europaparlament weiterhin sein bisheriges Abgeordnetenmandat im Parlament eines Bundeslandes behält, hat der Bundesvorstand zwingend Parteiordnungsmaßnahmen gegen diese Person zu eröffnen und nach Möglichkeit erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

Begründung:

In der Vergangenheit haben mehrfach Abgeordnete unserer Partei nach ihrer Wahl in ein anderes Parlament an ihren bisherigen Abgeordnetenmandaten festgehalten. Die betroffenen Abgeordneten haben damit erhebliche finanzielle Vorteile erlangt. Zwar werden die Abgeordnetenentschädigungen (teilweise) verrechnet, aber nicht Altersvorsorge, Kostenpauschalen, Mitarbeiterpauschalen, Sachmittel und Sitzungsgelder.

Darüber hinaus entspricht das Festhalten an Doppelmandaten nicht dem Wählerwillen. Es erscheint nicht möglich, in mehr als einem dieser Parlamente das Mandat verantwortungsvoll und in vollem Umfang auszuüben und im Sinne der Wähler vollwertig tätig zu sein. Da die bundesdeutschen Gesetze Doppelmandate nicht ausschließen muss die Wahlversammlung eine Regelung finden, um ein solches Verhalten in Zukunft auszuschließen.

